lutionäre Hebel, sondern im wahrsten Sinne des Wortes „Regierungen des Mondes" sind, dürfte wohl das sächsische Beispiel schlagend bewiesen haben. Es sei nur noch an die illusionären Parolen der „Kontrolle der Produktion" und der „5prozentigen Schwerterfassung" erinnert. — In strafwürdiger Gedankenlosigkeit, in fanatischem Glauben an das „rote" Rußland erkennen die KPD.-Anhänger noch immer nicht, daß sie Werkzeuge der russischen kapitalistischen Außenpolitik sind.

Während sie mit militärischen Spielereien und ewigem Zeltenbau in Atem gehalten werden, sehen sie nicht, daß sie auf einer Linie marschieren, die abseits von der Heerstraße des Klassenkampfes in sozialdemokratischen Sumpf führt.

Diese nüchternen Tatsachen mangelnden proletarischen Klassenbewußtseins und fehlender Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zusammengestellt, ergeben ein Bild, das manchen entmutigen kann. Doch so erschreckend auch der jetzige Zustand der Arbeiterschaft ist, es liegt trotz alledem kein Grund vor, die Flinte ins Korn zu werfen. Der eherne Gang fortschreitender kapitalistischer Todeskrise in Verbindung mit rastloser revolutionärer Propaganda rüttelt immer wieder die Proletarier aus dem Schlafe auf, stellt sie immer wieder vor die einzig mögliche Entscheidung und schafft auch immer wieder Situationen revolutionärer Hochflut. Die proletarische Revolution vollzieht sich eben nicht so programmäßig wie auf der Bühne des Schauspielhauses; sie ist ein dauerndes vor und zurück, auf und ab, bis die geistigen und physischen Kräfte des Proletariats stark genug sind, um über seine Ausbeuter zu triumphieren. Die KAPD. und AAU., haben mehr denn je die Pflicht, den Proletariermassen die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes ins Bewußtsein zu hämmern. Je mehr wir unsere Kräfte anspannen, desto eher wird das Proletariat seine Riesenkräfte für sein Klassenziel in Bewegung setzen, desto eher wird das Minus an subjektiven Voraussetzungen in das notwendige Plus umgewandelt.

Aus der Bewegung

KAPistisch versucht

Wir erhalten aus Naumburg a. S. folgenden Bericht. Die im Herbst vorigen Jahres unternommene Reichsexekution gegen die Arbeiterregierungsbeteiligung in Sachsen, welche den offensichtlichen Bankrott der KPD.-Politik erbrachte, hat auch hier in den Reihen der KPD. den Anlaß gegeben, die Sonde der Kritik etwas schärfer anzulegen. Die Parolenpolitik der deutschen Sektion hat mit ihrem darauf folgenden katastrophalen Zusammenbruch dazu geführt, daß von den während der Illegalitätsperiode übriggebliebenen Mitgliedern sich mehrere herausschälten und sich als KAP. und AAU. konstituierten und auch dementsprechend die Agitation entfalteten.

Da das KAP.-Gift weiter um sich fraß, sah sich die Parteileitung veranlaßt, einen Vertreter aus Halle sowie einen aus Berlin kommen zu lassen, die die wachsende Erkenntnis des revolutionären Proletariats wieder in die richtigen Schranken zurückweisen sollten.

In einer am 29. Februar 1924 stattgefundenen Sitzung waren die außenstehenden Mitglieder, die vom Parlamentarismus und von den Gewerkschaften nichts mehr wissen wollten, besonders geladen. Dabei gaben sich nun diese bestellten „Führer" alle erdenkliche Mühe, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß die KAPD. eine konterrevolutionäre Organisation sei. Folgendes wurde als Beweis angeführt. Die KAPD. besteht aus lauter Spitzeln und in Rheinland-Westfalen unterstützen sie den französischen Imperialismus usw., doch gerade das Gegenteil wurde durch diese Verleumdungen erzielt. Verschiedene KPD.-Mitglieder bezeichneten diese „Führer" als Demagogen und sagten, daß der ganze Parlamentarismus für die Partei nur Selbstzweck sei. Ein Genosse der KPD., der bisher als Referent tätig war, doch jetzt jegliche Agitation fürs Parlament ablehnte, sagt noch zu den beiden bestellten Größen, als dieselben betonerten, daß man doch beweisen müsse, daß man gestärkt aus der Illegalität hervorgegangen sei, sie sollten sich nichts vormachen, in ein paar Wochen würde man ja sehen, wo die KPD. hingekommen ist. Wir Genossen, die wir bereits der KPD. den Rücken gekehrt haben, werden dafür sorgen, daß auch die noch nach neuen Wegen suchenden Genossen den Weg zur KAPD. und AAU. finden.

Daß die KPD. nun angesichts der Wahlen alle ihre Schäfchen wieder beisammen haben möchte, ist erklärlich, und selbstverständlich ist es, daß, wenn man keine geistigen Argumente gegen die KAPD. hat, man zu Verleumdungen greift. Es muß jedenfalls sehr schwach bestellt sein mit ihrer Theorie des neuen Kurses, von wegen der diesmal aber richtig zu handhabenden Einheitsfront von unten. Wir begrüßen den Schritt der Proletarier, die in ihrer revolutionären Selbstkritik auch vor organisatorischen Schlußfolgerungen nicht zurückschrecken.

Je schneller und je gründlicher die parlamentarischen Korruptionsherde von politischen, parlamentarischen Parteien nebst dem Boden, aus dem die Gebilde immer neue Kräfte saugen, den Gewerkschaften, zerstört werden, desto eher wird sich das Proletariat seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt, die darin besteht, vermittels der Erfahrung der russischen Revolution, den revolutionären Räten den Kapitalismus in den Orkus der Geschichte zu schleudern und dem Kommunismus den Boden zu bereiten.

Berlin-Brandenburg

Wie sich die Vertreter der allumfassenden internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie als Vertreter ihrer Klasse, wenn sie zu Amt und Würden gekommen sind, einstellen, davon haben wir als Arbeiterklasse sehr oft schlagende Beweise bekommen. Hier ein weiterer kleiner Beitrag dazu. Der Amtsvorsteher von Kalkberge (Sozialdemokrat) hat es in den letzten fünf Monaten fertig bekommen, wie ja auch so viele seiner Kollegen (Fürstenwalde) der AAU. und der KAP. jede Versammlung in seinem Amtsbezirk unmöglich zu machen, weil nach seiner Behauptung im Kreise Niederbarnim die KAPD. und AAU. verboten sei. Trotzdem uns dies natürlich nicht bewußt ist, und trotz Hinweis auf Berlin und die Provinz Brandenburg, wo wir in unzähligen Versammlungen zu den Massen sprechen konnten, blieb er dabei. Da er Vertreter der bewaffneten Macht ist, war es eben trotz aller Anstrengungen nicht möglich, legal auch nur eine Versammlung abzuhalten. Dieser Herr spielt sich natürlich Arbeitern gegenüber als ihr bewußter Vertreter auf, und leider laufen noch viele Arbeiter diesen SPD.-Leuten nach. Arbeitslosenversammlungen sind in letzter Zeit im Amtsbezirk (Kalkberge, Tasdorf, Rüdersdorf) verboten. Nur Ortsversammlungen in Kalkberge, dürfen unter Ueberwachung der Landjäger stattfinden. Diese Landjäger unterstehen dem Amtsvorsteher. Die Zement-Industrie, die in Kalkberge durch große Werke vertreten ist, liegt fast still. Nun sollte in dem Werk C. O. Wegener der Betrieb teilweise wieder aufgenommen werden. Zehn Stunden Arbeit, zwei Stunden Pause, zusammen 12 Stunden. Die Erwerbslosenvollversammlung des Amtsbezirkes beschloß daraufhin: „Wir alle gehen hinein, um Arbeit anfragen", so daß eine „richtige" Demonstration vor dem Werkseingang entstand. Die Landjägerschaft ist natürlich sofort zur Stelle, um das Privateigentum zu schützen, das von dieser durch parlamentarische Parteien und Gewerkschaften so gut gedrillten Masse nicht im Geringsten bedroht war. Endresultat: „Betriebsrat und SPD.-Amtsvorsteher fahren zum Herrn Landrat, um dort Arbeit und den Achtstundentag zu besorgen. Die übrige Masse, fast 1000 Mann, verschwinden nach Hause, da man auf Grund der jahrzehntelang, genossenen Erziehung, ja nicht selbst zu handeln braucht, sondern das die Führer machen. Acht Tage später, am Tage, da die parlamentarische KPD. ihre Demonstration für ein „Stückchen Brot, Achtstundentag und Einreihung der Erwerbslosen in den kapitalistischen Produktionsprozeß", machen wollte (das Drei-Männer-Direktorium im Auslande sagte wegen Schwierigkeiten ab) kam ein Brief vom Herrn Landrat und vom Herrn Regierungspräsidenten zur Verlesung in der Erwerbslosenversammlung, daß diese Instanzen für die hiesigen Verhältnisse nicht zuständig seien. Und die Proletarier?

Sie begriffen immer noch nicht! Die parlamentarische und gewerkschaftliche Erziehung trägt ihre Früchte.

Eine rote Fahne her, und mit Hochrufen auf den Achtstundentag demonstrierte man aufs neue, durch Schulzenhöhe, Tasdorf usw. bis zum Zementwerk C. O. Wegener. Ob man den Aktienbesitzer beweisen wollte, daß man klassenbewußt sei? Es war nicht festzustellen. Um aber den Profit zu schützen, stand vorm Zement-Werk C. O. Wegener die verstärkte Landjägerschaft, mit gezogenen Säbeln und schußbereiten Karabinern. Nach einigem hin und her kam der Demonstrationszug zum Stehen und wurde dann aufgelöst, wobei als Siegertrophäe die schöne rote Fahne in den Händen der Landjäger blieb. Das war das Ende des Klassenkampfes der zum größten Teil noch vollständig gewerkschaftlich eingestellten Arbeiter des Amtsbezirkes Tasdorf, Rüdersdorf, Kalkberge.

Wir stellen erneut die Frage an Euch, Ihr Erwerbslose und zum Teil noch Arbeitende des Amtsbezirks: „Erkennt Ihr noch immer nicht, welche unwürdige Rolle Ihr in den Händen einiger parlamentarischer und gewerkschaftlicher Strippenzieher spielt? Wollt Ihr Euch nicht endlich darauf besinnen, was Klassenkampf ist? Wollt Ihr Euch nicht endlich nach so viel Nackenschlägen einreihen in die Front derjenigen, die längst erkannt haben, daß uns nicht Parlament und Gewerkschaft helfen kann, sondern daß Ihr Euch nur allein helfen könnt, durch die von Euch selbst geschaffenen Kampforganisationen der AAU. und KAPD., in der Ihr selber von unten nach oben Eure Geschicke regelt? Wollt Ihr nicht, dann Proletarier habt Ihr auch keine Ursache, wenn Ihr zur nächsten Wahl geht, um Euch Eure Schlächter selbst zu wählen, Euch zu beklagen, wenn die Stockschläge auf Euren Wagen noch schärfer herabhageln als bisher. Für diejenigen aber, die endlich erkennen, was Klassenkampf ist, heißt es von heute an, hinein in die revolutionären Betriebsorganisationen, zusammengefaßt zur Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und hinein in die Kommunistische Arbeiterpartei, die allein als politische Organisation den geschichtlichen Bedingungen des Klassenkampfes Rechnung getragen hat.

Ausland

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Die heraufziehende Wirtschaftskrise.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in Amerika, das von der Wirtschaftsentwicklung in Europa völlig abweicht, sicherte Vereinigten Staaten eine Sonderstellung innerhalb des Weltkapitals. In der ersten Hälfte des Jahres 1923 durchlebte die Nordamerikanische Union eine Periode sehr scharfer Hochkonjunktur, die im April bezw. Mai ihren Höhepunkt erreichte. Zu dieser Zeit überschritten die Produktionsziffern um 25 v. H. die der besten vorhergehenden Jahre. Gegen Mitte des Jahres 1923 begann die Konjunktur sich abzuschwächen, ohne daß sich eine Krise offenbarte. Die Produktion behielt vielmehr weiter den Charakter der Hochkonjunktur bei, so daß man auf eine nahe bevorstehende Krise kaum rechnen darf. Diese Situation läßt sich augenblicklich noch nicht ganz klar überschauen.

Von besonderer Bedeutung dürfte sein, daß die amerikanische Hochkonjunktur gänzlich durch die Bedürfnisse des inneren Marktes hervorgerufen und bedingt wurde. Dafür bieten die Außenhandels-Statistiken der Monate März bis Juni ein sehr kennzeichnendes Bild; nämlich ein starker Ueberfluß der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr, der in diesem Maße in der Geschichte der Vereinigten Staaten fast beispiellos dasteht. Sobald die Hochkonjunktur mit Ablauf des Monats Juli umzuschlagen beginnt, wird die Handelsbilanz aktiv, d. h. der Wert der ausgeführten Waren ist dem der eingeführten bedeutend überlegen. Darin aber macht sich sofort die Abschwächung der Konjunktur bemerkbar, denn die Notwendigkeit, mehr amerikanische Waren auf den Weltmarkt zu werfen als ausländische dafür einzuführen, zeigt den im Inland gestörten Absatz bezw. die Sättigung des inländischen Marktes, dessen Aufnahmefähigkeit erschöpft ist. So treten auch hier die beherrschenden Faktoren der kapitalistischen Wirtschaft, Absatzkrise und Produktionsstillegung, in Erscheinung. Dies mögen einige Ziffern beweisen.

Die Tagesproduktion von Gußeisen in den Vereinigten Staaten ist von 104 184 Tonnen im September 1923 auf 101 586 Tonnen im Oktober 1923 gefallen, das macht 2598 Tonnen täglich aus. Dieser letzte Abstieg, in der Folge der sechste seit Mai 1923 läßt also im Monatsabschnitt eine Rückgang von 23 000 Tonnen mit Rücksicht auf die im Monat Mai versicherte Rekordziffer, von 124 764 Tonnen erkennen. Ebenso ist die Stillegung von Hochöfen weiter vor sich gegangen. Am 1. November 1923 waren nur 245 Hochöfen in Betrieb gegen 255 am 1. Oktober, 270 am 1. September, 298 am 1. August und 323 am 1. Juli 1923.

Es ist erklärlich, wenn unter diesen Umständen sich die amerikanischen Kapitalisten nach neuen bezw. anderen Absatzgebieten umsehen. Dies bezweckt eine eindrückliche Meldung. Eine Konferenz amerikanischer Produzenten hat sich jetzt mit der Frage der Aufnahmefähigkeit Deutschlands für die Erzeugnisse des amerikanischen Bodens beschäftigt. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Ausfuhr von Fleisch, Fett und Rohbaumwolle nach Deutschland. An das amerikanische Parlament wurde folgende drastischer Aufforderung gerichtet: „Es möge den hungernden Deutschen, die Möglichkeit geben, ihre zusammengeschmolzenen Magen wieder mit dem Ueberschuß an Lebensmitteln auszudehnen, die jetzt auf den Markt der Vereinigten Staaten die Preise niederhalten!"

Während der Aufsaugung des Arbeitslosenheeres durch die steigende Produktion haben wir in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe Artikeln nachgewiesen, daß die amerikanische Konjunktur nicht auf eine Besserung der Weltwirtschaft, sondern nur durch eine Belebung des amerikanischen Inlandsmarktes infolge der Bankonjunktur zurückgeführt werden kann. Die nunmehr in Amerika festgestellten Statistiken beweisen diese unsere Auffassung noch besser als die Ein- und Ausfuhrstatistiken, die wir früher nur als Beweismaterial anführen konnten. Es wurden in den Jahren 1918—1923 in den wichtigsten Städten Baugenehmigungen für Wohnhäuser, Geschäftshäuser, Lagerhäuser und Fabrikgebäude erteilt im

Werte von	in tausend Dollar
1918	433 000
1919	1 310 968
1920	1 427 059
1921	1 651 361
1922	2 529 604
1923	3 115 541

Die Skala ist ihren letzten Ziffern nicht voll in Anrechnung zu bringen, gemessen an den ersten Zahlen, da der Dollar seit 1918 um ca. die Hälfte seines Vorkriegswertes gefallen ist. Die Bautätigkeit übersteigt die der Vorkriegszeit um das Mehrfache. Das beweist schon, daß es sich nicht um einen Aufstieg der Volkswirtschaft handelt, sondern nur um die Nachholung der Versachlässigung der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit. Folgende Tabelle beweist dies. Es entfallen auf:

Wohngebäude	1 658 420 000
Schulen	1 165 140 000
Krankenhäuser	459 015 000
Gasthäuser	643 820 000
Industriegebäude	748 065 000
Geschäftshäuser	607 690 000
Oeffentliche Gebäude	248 770 000
Kirchen	400 989 000

Mithin stehen die Wohngebäude an erster Stelle mit 28 Prozent und die Schulen an zweiter mit 20 Prozent der Gesamtsumme. Die Industriebauten dagegen nehmen nur einen sehr geringen Anteil an den Gesamtbauten. Der Fortschritt der Industrie liegt in der inneren Vervollkommnung, in dem Emporwachsen der industriellen Technik, der menschlichen Arbeitstechnik und der Arbeitsmethoden.

Diese Statistiken lassen nur einen geringen Teil der Ursachen der Konjunktur erkennen, da sie sich nur auf Städte erstrecken. In der Hauptsache aber entspringt die amerikanische Konjunktur der Umstellung in der Landwirtschaft. Die großen Kriegsgewinne fanden Anlage, welche die Kriegsunternehmungen weit übertrafen. Die Landwirtschaft hat viel mehr gebaut als die Industrie. Noch mehr trug sie zur Hebung der Konjunktur bei durch Erneuerung und Vervollkommnung der Maschinen und durch den vollständigen Uebergang vom Pferd zum Auto und zum Kraftbetrieb. In Amerika herrscht der Eisenbeton- und Eisenbau vor. Daher der Aufschwung der Montanindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie. Großzügige Staats- und Eisenbahnbauten (Oberbau- und rollendes Material) förderten diese Industrien sehr stark.

Wie die Waren erzeugende Industrie schon zurückgeht, dürfte auch die Bankonjunktur ihren Höhepunkt überschritten haben. Bei den städtischen Bauten ist zwar noch kein nennenswerter Rückgang zu verzeichnen. Die internationale Agrarkrise aber ist der Riegel für die landwirtschaftliche Erneuerung. Abgesehen davon, daß diese mit ihrer Umstellung auch schon fertig ist. Die amerikanische Konjunktur steht also notwendig schon auf der absteigenden Bahn. Soweit die Industrie infolge ihrer technischen Ueberlegenheit noch in den Weltmarkt zu dringen vermag, muß sie die Industrien anderer Länder zurückdrängen.

Die Krise in Ungarn

Der amerikanische Dollar hat nunmehr die 100 000-Kronen-Grenze überschritten. Er steht also weit unter dem Stand der österreichischen Krone, die vor der Stabilisierung nur die 74 000 erreichte. Diese Tatsache scheint in Ungarn nicht so stark ins Gewicht zu fallen. Ungarn ist überwiegend Agrarstaat, und schließlich hat man an dem deutschen Beispiel gesehen, daß auch in einem Meer von Nullen noch Lebensmöglichkeit ist. Die grenzenlose Verelendung des ungarischen Industrieproletariats macht nicht so viel Aufhebens, weil es an Zahl schwach ist, die Horthymethoden aber sehr stark sind. Die stürmische Krise verzerrte wohl den Finanzminister aufreißen und in der Pension zu verjagen. Die Landtagssitzungen haben infolge der lohnkürzenden Inflation einen besseren Absatz für ihre Produkte nach dem Auslande. Der Staat hilft sich weiter noch mit Steuererhöhungen und Erhöhungen der Post- und Eisenbahntarife. Immerhin ist man schon unterwegs, Stabilisierungsbausteine zusammen zu karren.

Süd-Afrika

Klassenjustiz und Gewerkschaftsbürokratie

Der oberste Gerichtshof von Transvaal hat ein Gesetz, das seit 11 Jahren in Kraft war, als unrechtmäßig und im Widerspruch mit der Verfassung erklärt. Auf Grund dieses Gesetzes durften nur Weiße mit bestimmten Arbeitern in den Goldbergwerken beschäftigt werden. Man erwartet, daß infolge dieser Entscheidung im kommenden Vierteljahr 3000 weiße Bergarbeiter in Transvaal und dem Oranje-Freistaat entlassen und durch Schwarze ersetzt werden. In zahlreichen Fabriken und Werkstätten sind schon die weißen Arbeiter entlassen worden. Man gab ihnen bekannt, daß sie erst dann wieder eingestellt werden würden, wenn sie damit einverstanden wären, zu denselben Bedingungen wie die Farbigen zu arbeiten.

Objektiv die Lage der weißen Arbeiter infolge dieses Verfahrens durchaus unhaltbar geworden ist, hört der Zentralausschuß des Bergarbeiterverbandes nicht damit auf, die Farbigen zu bekämpfen und erklärt im Widerspruch und Gegensatz zu dem Willen der Gewerkschaftsmitglieder daß er sich dem Eintritt farbiger Bergarbeiter in den Verband auch weiter entgegensetzen wird.

Auch in dieser demokratischen Republik arbeiten Behörden und Gewerkschaftsbürokraten Hand in Hand gegen die Interessen der Arbeiterklasse aller Rassen und unterstützen dadurch die kapitalistische Ausbeutung der Neger und den Lohndruck auf die eigenen Klassengenossen.

Wirtschaft

Stinnes und die Versicherungsgesellschaften

Wie gemeldet wird, ist die „Nordstern"-Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft durch Kapitalverschmelzung mit der Hugo Stinnes G. m. b. H. dem Stinneskonzern angegliedert worden. Sie soll diesem in allen das Versicherungswesen berührenden Fragen an die Hand gehen. Hier erfolgt zum erstenmal die Vereinigung eines Industriekonzerns mit einem alteingeführten universalen Versicherungskonzern, der zur Zusammenschrumpfung des Versicherungsgeschäftes zu diesem Schritt veranlaßt wurden ist.

Mitteilungen

Nachruf

Am 1. März 1924 verstarb plötzlich unser Genosse Karl Kanngießer. Er war einer der Treuesten und Zuverlässigsten.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 16. Unterbez.

Am Montag, den 3. März 1924 verstarb plötzlich unser Genosse Gerlach an Lungenentzündung. Er war Mitbegründer unserer Organisation und einer unserer eifrigsten. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

13. Bezirk.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 20, Jahrgang 5 | März 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Tote und Verwundete in Ludwigshafen

Die deutsch-französische Konterrevolution marschiert auf

Die Anilingewaltigen waren von jeher ein starker Stützpunkt in dem strategischen Vormarsch der deutschen Konterrevolution. Sie waren es 1922, als sie mit rauher Hand und zynischer Brutalität die Illusionen von einem „Mitbestimmungsrecht" durch die gesetzlichen Betriebsräte zerstörten, und als Antwort auf die Teilnahme an dem Betriebsrätekongreß dieselben hinauswarfen. Die Rebellion der Sklaven wurde mit einem brutalen Aushungerungskrieg gegen die Sklaven beantwortet. Die Hurrastimmung vom „Aushalten" in dem „rein wirtschaftlichen" Kampf, die das A und O wildgewordener KPD.-Spießer war, schlug sehr bald um in einen fürchterlichen Katzenjammer.

Die ihternationalen Sammlungen der „Roten Gewerkschaftsinternationale" konnten die hoffnungslose Position der mit Illusionen durchtränkten Proletariermassen eine Zeit lang verschleiern, die unvermeidliche Kapitulation um Weniges verzögern; jedoch nicht abwenden. Die Niederlage war eine vollständige, die Willkür der triumphierenden Sklavenhalter grenzenlos. Die Sklaven der Anilinkönige kosteten die Borniertheiten kleinbürgerlicher Phrasenhelden bis zur Neige aus, und nahmen bedingungslos die Arbeit auf.

Klar und unzweideutig zeichneten damals KAP. und AAU. die Zwangsläufigkeit der Niederlage infolge der utopistischen Forderungen auf. Klar und unzweideutig die Lehrung, die gezogen werden müßten, soll in Zukunft diese Niederlage als eine Etappe zum endgültigen Siege sich gestalten. Die Proletarier Ludwighafens, der Pfalz, hörten nicht auf sie, doch ihnen fehlte der Glaube, die Kraft, sich selbst zu überwinden. Der Kampf des französischen Kapitals gegen das deutsche schuf eine Situation, die kleinbürgerlich denkende Proletarier zur Wahl zwischen ihren Klassenfeinden diesseits und jenseits der Grenze veranlaßte. Der Separatismus, die Steigerung der nationalistischen Illusionen über deren natürliche Grenzen fegte aufkeimendes Klassenbewußtsein radikal fort. Ließ vergessen, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft ehern und unerbittlich fortschreitet, und für das Kapital den Zwang heraufbeschwört, die Peitschenhiebe, die auf den Rücken seiner Sklaven niedersausen, zu verdoppeln, um sie schärfer zur Frone anzutreiben. So näherte sich der Zeitpunkt, wo das deutsche Proletariat eine Erhöhung des Pensums, eine Verkürzung der zustehenden Hungerration, Verlängerung der Fronzeit diktierte, und alle Vorbereitungen traf, um durch einen konzentrierten Ueberfall die neuen Arbeitsbedingungen vorbehaltlos zu diktieren.

Am 1. März gab die Anilindirektion durch Anschlag bekannt, daß die Arbeitszeit 9 Stunden beträgt. Der Höchstlohn ist Pfennige, herab bis zu 25 Pfennigen, Jugendliche entsprechend weniger. Die Proletarier kehrten sich nicht an den Befehl und verfuhren die bis dato üblichen Schichten. Allzuwillige, die Bedingungen der Direktion sich fügende Sklavenseelen, lauerten empörte Proletarier auf und schlugen ihnen, als sie die Tore später verließen, ob ihrer Erbärmlichkeiten in die Presse, was die Polizei auf den Plan rief. Gelang es noch, am 4. März die Proletarier vor den Toren zu vertreiben, so wuchs die Empörung, als am folgenden Tag die Tore morgens nach Verlassen der Nachtschicht geschlossen wurden, aufs Aeußerste an. Nun waren die Tore eingeschlagen und die noch in dem Betriebe anwesenden Streikbrecher ausgeräuchert. Die aufs Aeußerste gereizten Proletarier ließen keinen Zweifel daran, daß sie die Drangsalierungen von Seiten außergewöhnlich wütiger Scharfen nicht vergessen hatten. Kein Wunder, daß die Polizei sofort zur Stelle war. Der sozialdemokratische Bürgermeister erkannte nur zu gut seine Aufgabe als Henkersknecht. Im Nu waren die empörten Proletarier umzingelt. Einem vorgarnierten Haufen stand ein wohldisziplinierter Trupp weißer Garden gegenüber und schoß blindlings in die Menge hinein. Die Zahl der Verletzten dürfte 30 übersteigen, die der Toten ist ebenfalls noch nicht endgültig festgestellt.

Nach diesem „Lohn", den Fritz Ebert kürzlich in Mannheim seinen „treuen Pfälzern" erst versprach, und der hier angetreilt wurde, rief die Anilindirektion die französische Besatzungsbehörde zu Hilfe und französische Truppen besetzten den Betrieb. Mit diesem Schritt ist die Lage als eine ganz eindeutige und klare gekennzeichnet. Die deutsch-französische Konterrevolution ist durch ihre gegensätzlichen Kapitalinteressen nicht im geringsten gehindert gegenüber den rebellierenden Sklaven vereint zu schlagen, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sie ganze Arbeit zu machen gewillt ist. Es kommen über 20 000 Arbeiter in Frage.

Der Kampf ist somit bereits auf seine natürlichen Schranken gestoßen. Wie 1922 der famose Betriebsrätekongreß den Klingelbeutel als die letzliche Waffe gegen das Kapital hinstellte, so fordert hier ein „Industrieverband der Chemie", diese von der KPD. ins Leben gerufene Spottgeburt auf, „am Achtstundentag festzuhalten," die vor verschlossenen Toren stehen, und bereits den letzten Wecken im Begriff sind aufzufressen. Als Antwort auf die Einstellung der Notstandsarbeiten erklärt die BAS. (Badische Anilin- und Sodafabrik), daß sie nicht in der Lage sei, die Restlöhne auszuzahlen und Krankmeldungen nicht entgegen nehmen könne. In den Versammlungen fordern die Könige des „Industrieverbandes der Chemie" auf, den „Kampf auf Leben und Tod" „mit aller Rücksichtslosigkeit" zu führen, und sich nicht „provozieren" zu lassen, und verweisen u. a. auf den „russischen Fabrikarbeiterverband", der auch eines von den vielen Telegrammen erhielt, die man in die Welt hinaussandte. —

So vergeht ein Tag um den anderen. Der erste Zorn ist bereits verflogen, und von allen Wänden grinsen die Plakate der Streikleitung höhnisch: „Kämpft! Kämpft!" Besiegt das Kapital durch einen Hungerstreik eurerseits und hört nicht auf die „Flaumacher". Haltet aus und der „Sieg" ist unser, denn das „Recht" ist auf unserer Seite. Wir verlangen die Wiederherstellung der früheren Zustände. — Es muß doch bis dahin wunderbar gewesen sein bei der BAS. Aber, um der Lage gerecht zu werden: Die Phrasen nehmen natürlich ihre eigenen Ehrenen selbst nicht ernst, ersteren der Hauptmimer die Gewohnheit hat, in seinen Reden die dümmsten Dinge immer dreimal und so recht mit Pathos in die Welt hinauszuplärren. Bald wird der Katzenjammer einsetzen. Er wird furchtbar sein.

Das revolutionäre Proletariat sieht mit wehem Herzen, wie die vereinigte Konterrevolution erst wieder Klarheit zwischen den Klassenfronten schaffen muß und den Proletariern mit Schüssen und Schlägen ihre Illusionen aus dem Schädel treibt. Ihnen beweißt, das der Rahmen der kapitalistischen Produktion zu eng ist für ein erträgliches Sklavendasein, und selbst das Bekenntnis, unter den bis dato so „schönen" Bedingungen gern Sklave bleiben zu wollen, eben ein frommer Wunsch bleibt. Der „Industrieverband der Chemie", der hier die Führung des Hungerstreiks übernommen hat, besteht zu gleicher Zeit seine Belastungsprobe. Er wird sie und muß sich erweisen als ein Schwert von Dreck, als ein Gebilde, das nur leben kann, solange das Proletariat sich zum Geschäftsobjekt spekulierender Politikanten gebrauchen läßt, und nicht die Kraft aufbringt, den Gründen der unvermeidlichen Niederlagen nachzuspüren, um sie zu erkennen und danach zu handeln.

Die KAPD. und AAU. werden daher nicht müde werden, immer und immer wieder hinzuweisen auf die Unmöglichkeit der Stabilisierung der kapitalistischen Krise und damit auf die Unmöglichkeit und das verderbliche Beginnen Illusionen nachzujagen, für die alle Voraussetzungen fehlen. Ein Weg ist nur wo ein Wille ist, und der Wille hat nur Sinn, wenn er die motorische Kraft ist, mit der das Proletariat bewußt und als Klasse in die geschichtliche Entwicklung eingreift.

Dieser Wille, diese proletarische Massenkraft, muß heute gerichtet sein auf den Sturz der kapitalistischen Ordnung, auf die Errichtung der proletarischen Diktatur. Erst wenn dieser Wille als Resultat der Einsicht in die Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes sich formt, der alle Hüllen und Organisationsformen sprengt, die Arbeiterbetrüger und Kleinbürger entwurzelt und beiseite drängt und sich in den Klassenorganisationen der KAPD. und AAU. kristallisiert, werden die Schläge des Kapitals, die Niederlagen des Proletariats, die Kräfte wachrufen, die notwendig sind, die kapitalistische Diktatur zu zerschmettern und die Herrschaft des revolutionären Proletariats aufzurichten.

Daß trotz allen Verrats und trotz allen Illusionen auch diese Niederlage uns diesem Ziele entgegenführt, wird Aufgabe der KAPD. und AAU. auch in diesem Kampfe sein.

Groß-Berlin

Öffentliche Versammlung

Kliems-Festsäle (kleiner Saal) Hasenheide

Freitag, den 14. März, abends 7 Uhr

Thema:

Parlamentarismus oder Revolution

Die Gesundungskrise

Die augenblickliche Absatzkrise, die eine Begleiterscheinung der Währungsstabilisierung ist, soll von der deutschen Bourgeoisie zu einer Gesundungskrise ausgebaut werden. Sie soll das zweite Stahlbad der geistigen und wirtschaftlichen Erneuerung sein. Es entwickeln sich daher auch dieselben nationalen und nationalistischen Tendenzen und derselbe ungeheure wirtschaftliche Druck auf die Arbeiterschaft. Im Weltkriege schuftete die Arbeiterschaft 14 bis 16 Stunden täglich für das größere Deutschland, für den Sieg des deutschen Imperialismus. Eine ungeheure Stärkung der Reaktion war die Folge. Es regierten Hindenburg und Ludendorff. Sie stellten das wirtschaftliche Programm gemäß den Notwendigkeiten der Kriegführung auf. Sie schufen das Hilfsdienstgesetz. Die Gewerkschaften waren ihre treusten Gehilfen.

Heute haben wir dieselbe Erscheinung. Die deutsche Bourgeoisie hat sich zu Tode verdient. Die deutsche Wirtschaft ist ruiniert. Das deutsche Bürgertum hat genug von den „Segnungen der Demokratie", die es nur als Schwächeerscheinung, als Nachwirkung des verlorenen Krieges auffaßt, verloren durch die unbegreifliche Angst vor der revolutionären Energie der Arbeiterschaft. Es hat gemerkt, daß das rote Tuch sehr schwach gefärbt ist und daß es nur tückischaloslgkeit genug aufzubringen braucht, um sein Ziel zu erreichen. Es hat es auch weiter geschickt verstanden, seinen eigenen Zusammenbruch als Zusammenbruch der demokratischen Idee zu frisieren und die davon betroffenen vernichteten Schichten für die Aufrichtung der absoluten Herrschaftsform zu gewinnen. Diese Schichten sehen in den Vertretern des alten Regimes die Retter und Erretter. Sie glauben, daß diese ihnen wieder ihre soziale Geltung verschaffen werden. Eine Erkenntnis vereint sie, daß sie nämlich ihr früheres Wohleben der Ausnutzung der Arbeitskraft des Proleten verdankten. Deshalb arbeitet das Kleinbürgertum zusammen mit dem Industriekapital an der Durchführung der Verlängerung der Arbeitszeit, wenn es auch am eigenen Leib diese Maßnahme spüren muß. Es sieht in der Demokratie die Vorstufe zur Herrschaft der Arbeiterklasse. Es leckt aber lieber den Stiefel des Herrn, als daß es sich mit dem Arbeiter auf eine Stufe stellt. Um sich den Uebergang von der Verfolgung zum Herrenstandpunkt zu erleichtern, hat es künstlich eine Atmosphäre des Hasses geschaffen, die jede Annäherung oder Verständigung unmöglich machen soll.

Haß ist die große Mode der deutschen Bourgeoisie. Nach „Gott strafe England" ist die Parole „Nieder mit dem Franzosengeschwätz, dem Marxismus" der geistige Ausgangspunkt der inneren Politik geworden. Dieser Haß gegen die Arbeiterschaft geht so weit, daß die deutsche Bourgeoisie, die früher so unendlichen Wert auf die Wahrung der Form, auf die Betonung des rechtlichen und gesetzlichen Scheins legte, auch dieses Erforderniß nicht mehr für notwendig hält. Das brutale Hervorkehren des Machtstandpunktes, dokumentiert durch den dauernden Ausnahmezustand, zeretört aber gleichzeitig die durch die Demokratie geschaffene Arbeitsgemeinschaft, die bisherige Unterlage der Produktion.

Sogar in der Sozialdemokratie fängt man an, vom Klassenkampf zu sprechen. Man will sich auch der Stellung der Bourgeoisie anpassen und ist daher gezwungen, sich wieder auf den Vorkriegsstandpunkt zurück zu revidieren. Die Partei muß man jetzt wieder von den Schlacken reinigen, die sich in ihr letzte zehn Jahren angesetzt haben. Die Bourgeoisie will den Trennungsstrich aufrichten, die Gewerkschaften müssen gegen ihren Willen dem Rechnung tragen. Sie können sich aber nicht auf einmal loslösen. Sie suchen noch das Industriekapital mit allen Mitteln an sich zu fesseln. Sie sind unter Aufgabe ihrer Prinzipien zu Zugeständnissen aller Art, soweit man davon noch reden kann, bereit. Sie führeln einen tarifloses Zustand, weil sie dann nicht mehr die Massen in der Hand haben. Sie können ihnen keine Vorteile mehr bieten. Die jetzigen Streiks sind nur die Anfänge dieser Bewegung. Sie sind gegen den Willen der Gewerkschaften ausgebrochen und müssen zur vollständigen Zerreißung der Arbeitsgemeinschaft führen. Innerhalb der Arbeiterschaft verlieren damit die gewerkschaftlichen Methoden vollends ihre Berechtigung. Die Kampfmethoden der AAU. werden dann in der Praxis ihre Tauglichkeit erweisen müssen.

möglich ist, die Mark zu halten, mehren sich. Die Arbeitslosenziffern wachsen beständig, die Kurzarbeiterzahlen fallen. Im Januar 1923 waren im gesamten deutschen Reich 152 220 unterstützte Vollerwerbslose, ihre Zahl stieg im Oktober allein im unbesetzten Gebiet auf 953 769, im November auf 1 465 670, im Dezember auf 1 528 052 Personen. Danach fielen vom 15. Januar ab die Ziffern. Dies ist aber nur darauf zurückzuführen, daß sehr viele Arbeitslose ausgesteuert wurden. Die Angebote von Stellungen sind weiter zurückgegangen. Der Innere Markt liegt völlig darnieder. Die Lieferungen nach dem Ausland haben sich zwar gehoben, aber die Micumverträge unterbinden jede Rentabilität. Zuletzt hat auch noch die gesamte Metallindustrie ihr Wirtschaftsabkommen abgeschlossen. Das Prinzip dieser Verträge ist, dem französischen Kapital unentgeltliche Sachleistungen für Reparationszwecke zu sichern. Zu diesem Zweck haben sie ein System von Ausfuhr- und Ablaufabgaben ausgebaut. Die Bezahlung der Lieferungen erfolgt durch die Industrie selbst. Bei der Rheinlandkommission ist ein Fonds gebildet, in dem jede Firma einen bestimmten Prozentsatz ihrer Bruttoeinnahmen einzuzahlen hat. Es hat sich dadurch die Industrie etwas belebt. Es fehlt aber die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung, da die Kreditnot diese hemmt.

Das Schlimmste ist, daß die Landwirtschaft trotz des notwendigen Bedarfs keinen ausreichenden Absatz findet, nun für die kommende Ernte die notwendigen Einkäufe zu machen. Die Rentenmark hat zu Anfang der Landwirtschaft riesige Gewinne gebracht, soweit sie sich zu einem Verkauf entschloß. Es sind aber im Januar 75 Prozent der Ernte noch nicht untergebracht gewesen. Verkauft hat aber nur der Großgrundbesitz, der die Verbindungen zum Getreidehandel hatte, sodaß der mittlere und kleinere Besitz völlig ruiniert ist. Die Genossenschaften und landwirtschaftlichen Banken, denen in Friedenszeiten die Gelder zuflossen, sind jetzt ohne Mittel. Der Staat kann nicht helfen, da er sonst die Inflation herbeiführen würde. Es ist daher nur die Frage Inflation oder wirtschaftlicher Zusammenbruch. In beiden Fällen droht der Ruin.

Für das deutsche Kapital gibt es nur einen Ausweg — ausländischer Kredit und zwar in solcher Höhe, daß damit auch die Reparationsleistungen für wenigstens vier bis fünf Jahre gedeckt sind. Inzwischen verschlechtert sich die Lage des französischen Kapitals von Tag zu Tag. Seine Bedingungen müßten härter werden. Dies wirkt wieder auf die Kreditmöglichkeiten zurück.

Das für die Kreditgebung in Frage kommende Kapital wartet aber die französische Entwicklung ab, weil es fürchtet, daß Frankreich zur Annexion von Rheinland-Westfalen schreitet und damit die Sicherheit des Kredits untergräbt. Es ist daher die Gewährung eines Kredits in weite Ferne gerückt. Damit ist das Schicksal der Gesundungskrise auch besiegelt.

Politische Rundschau

Taten „grosser Männer"

Gründung einer „Rheinischen Arbeiterpartei"

Speyer, 28. Februar. Gestern räumten die Separatisten bis auf etwa 30 Mann das Regierungsgebäude. Bei der Verteilung des Lebensmittellagers an Konserven gab es Krach, es daß „Arbeitsminister" Kunz seine Schußwaffe ertönen lassen mußte. Mit Säcken, Paketen und Koffern beladen, zogen die „Freiheitskämpfer" in kleinen Gruppen dann zum Bahnhof, darunter Präsident Bley, Pressechef Schmitz-Eppers, Arbeitsminister Kunz, Dr. Schächer.

Von den Mannschaften wurden die Verheirateten mit 275, die Unverheirateten mit 200 Franken (zirka 40 Rentenmark) abgefunden. Darüber hinaus erhielte große Unzufriedenheit, da 5000 Franken zugesichert waren. Die neueste Heldentat ist die Gründung einer „Rheinischen Arbeiterpartei für den Bezirk Pfalz und Rheinhessen" durch den Separatistenführer Kunz aus Ludwigshafen."

Wir haben an anderer Stelle schon grundsätzlich zum „rheinischen Separatismus" Stellung genommen und können uns hier mit der Feststellung begnügen, daß die von den französischen Militärs gekauften Hampelmänner natürlich auch nach ihrem Fiasko nicht mehr zurück können und, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, zu solchen Verzweiflungsmitteln greifen. Soweit natürlich die diesen Ausfluß reichen, wird es an Anhängern nicht fehlen. Denkende Proletarier haben für französische Hausknechte genau so viel übrig, wie für deutsche, wenn auch letztere so offen konterrevolutionär sind, daß sie sich von den Kunz und Konsorten wenigstens dadurch unterscheiden, daß sie wohl treue Wachhunde der deutschen Bourgeoisie sind, aber wenigstens keine räudigen, die gleich Hyänen in der Revolution eine gute Gelegenheit sehen, sich an stinkendem Aas zu mästen.

Leo Jogiches

III.

In der russischen Partei hatte Jogiches zu wirken, weil er von der polnischen Partei, die in den Bestand der allrussischen als föderativer Teil eingetreten war, im Zentralkomitee ernannt wurde. Und da er in der Arbeit bis zur Pedanterie (größte Genauigkeit bei den kleinsten Angelegenheiten) genau war und es für nötig hielt, der polnischen Parteileitung, die sich periodisch in Berlin versammelte, über alles auf die laufenden Angelegenheiten bezüglich Bericht abzustatten, so war er genötigt, eine ganze Kanzlei zu führen, die eine Person nicht aus einer Person und dann noch unter unerträglich schwierigen Verhältnissen: erlebte unter einem fremden Paß; jeden Augenblick konnte die Polizei auftauchen, wegwegen die „Kanzlei" in den Wohnungen deutscher Genossen untergebracht war, wo die Dokumente aufbewahrt wurden, für die Korrespondenz gab es Adressen anderer Deutscher. Einmal wurde berechnet, daß Jogiches eine auf solche Art mit einem ganzen Dutzend Wohnungen zu tun hatte. Von diesem System wich er aus konspirativen (verschwörerhaft) Erwägungen nicht ab; seiner Verscheinung nach waren die Materialien so untergebracht, daß selbst bei der Entdeckung einer dieser Wohnungen die Polizei blos einen geringen Teil gefunden haben würde, mit dem sie nichts hätte anfangen können. Auf die Frage, was dann geschehen würde, wenn er einmal erkrankte würde, niemand wäre ja imstande, sich in dieser Arbeit zurecht zu finden. Die Antwort war einfach: „Ich darf nicht krank sein". In der Tat, die erstaunliche Arbeitsfähigkeit und die eiserne Gesundheit allein gestatteten dem Genossen Jogiches mit der Umsenge von Arbeit fertig zu werden, die er auf sich lud. Der Krieg brach aus. Genossin Luxemburg ging mit dem ersten Tage an die Propaganda gegen den Krieg. Sie rechnete darauf, daß es ihr gelingen werde, einen gewählten Kreis von deutschen Genossen zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Als erstes schien ihr ein Manifest notwendig, daß von einer, wenn auch nur geringen Anzahl bei den Arbeitern populärer Persönlichkeiten unterzeichnet wäre. Jogiches war dagegen. Es wurde aber mit Rosa Luxemburg doch der Versuch gemacht. Auf ihre Einladung versammelten sich in ihrer Wohnung zur Erwägung dieser Frage im ganzen bloß sieben Leute, unter welchen nur zwei hervorragende Parteimitglieder waren: Mehring und Lentsch. Letzterer versprach anfangs zu unterschreiben, machte aber später Ausflüchte. Das Manifest hätte nur von Luxemburg, Zetkin und Mehring unterschrieben werden können, was natürlich undenkbar war, und der Plan wurde aufgegeben werden.

Man sah sich genötigt, sich für eine illegale Wirksamkeit zu entscheiden. Für eine solche vorbereitet waren nur sehr wenige. Der Kreis, der an die Arbeit ging, war sehr klein. Die Lage war keine glänzende. Geld war ein Fluch, denn es war nicht vorhanden und außerdem besaßen die deutschen Genossen nicht die geringste Erfahrung in der illegalen Arbeit. Aber immerhin ging die Sache. Eine Druckerei wurde in Gang gebracht Literatur zu vertreiben. Auf diese Art wurde eine Reihe von Flugschriften gegen den Krieg herausgegeben. Außerdem wurde beschlossen an die Herausgabe einer legalen Zeitschrift „Die Internationale" zu gehen, aber sie wurde schon nach der ersten Nummer unterdrückt.

Im Februar 1915 wurde das Urteil gegen Rosa Luxemburg in der letzten Instanz für rechtskräftig erklärt und sie wurde auf ein Jahr in Haft gesetzt. Allein sie bekam nur hauptsächlich dank einer ihr grenzenlos ergebenen Genossin fertig, Flugblätter und eine Broschüre unter dem Titel „Die Krisis der Sozialdemokratie" zu schreiben und zu zukommen zu lassen. Ihr tätigster Mitarbeiter war Leo Jogiches, der dafür sorgte, das diese Broschüre herausgegeben unter dem Pseudonym „Junius" die größte Verbreitung fand. Als Rosa Luxemburg wieder frei war, trat auch Karl Liebknecht in den Kreis der Mitarbeiter des Spartakusbundes ein. Unter der glänzendsten organisatorischen Arbeit Leo Jogiches tritt der Bund in seine größte Wirksamkeit. Obwohl Rosa Luxemburg im Juni wieder verhaftet wird, erscheinen die aufsehenerregenden Spartakusbriefe unter der Mitarbeit von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Die Verbreitung organisierte Leo Jogiches. Infolge seiner außerordentlichen konspirativen Befähigung gelang es den deutschen Behörden nicht, ihm zu verhaften, ungeachtet dessen, daß er, infolge Verhaftung der Arbeiter an der Front fast aller erfahrenen Leute der „Spartakusgruppe" seine Tätigkeit bereits in ziemlich weiten Kreisen ausüben und zahlreiche Versammlungen besuchen mußte. Der Polizei war dadurch gut bekannt, daß an der Spitze der Gruppe ein geheimnisvoller Ausländer stehe. Im Frühling 1918 wurde Jogiches dennoch verhaftet. Die Versuche, die der damalige Botschafter Sowjetrußlands Joffe zu seiner Befreiung machte, blieben ohne Erfolg, daß kam daher, daß Jogiches als Schweizer Bürger galt. Er hatte tatsächlich schon im Jahre 1896 in einem der schweizerischen Kantone das Bürgerrecht erworben und in der letzten Zeit in Berlin unter einem echten schweizer Paß gelebt, was nur sehr wenige Genossen seiner engeren Umgebung wußten. In den Januartagen 1919 arbeitete er unermüdlich an der Reorganisierung der kommunistischen Bewegung. In den Tagen des Märzaufstandes ereilte ihn das Geschick: er wird am 11. März verhaftet und meuchlings ermordet.

Leo Jogiches war einer der größten Organisatoren, welchen die revolutionäre Bewegung der letzten Jahrzehnte hervorgebracht hat. Sein Name ist eingetragen in die Geschichte der proletarischen Revolution mit unvergänglichen Lettern.

Neue Illusionen der KPD.

Seitdem mit dem Ruhrzusammenbruch der Klassenfeind keinen Spaß mehr versteht, die objektiven Voraussetzungen für die politische und taktische Haltung der Arbeiterklasse also andere geworden sind, liegt die KPD. in Krämpfen. Vor die Alternative gestellt, zu verrecken oder durch revolutionären Kampf die Blut- und Hungerordnung des bürgerlichen Klassenfeindes zu vernichten und die proletarische Herrschaft aufzubauen, sahen sich die von ihren Bonzen betörten deutschen Rekruten der III. Internationale gezwungen, das Allerheiligste, die Moskauer Gesetzestafeln, anzutasten, und die Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Politik einer Kritik zu unterziehen. Sie sind auf halbem Wege stehen geblieben. Den kranken Körper der KPD. amputierten sie nur an seinem rechten Flügel, indem die Brandler, Thalheimer und Konsorten abgesägt wurden, die Akteure und geistigen Väter jener entzückenden sächsischen Parlamentskomödie, gewannen es aber nicht übers Herz, den übrigen „Führern", die ja mitverantwortlich für die irrsinnige Politik der „Parolen" und des „Anknüpfens" an alles Mögliche, nur nicht das Richtige, waren, den verdienten Fußtritt zu verabreichen. Es wurde der linke Flügel um Frau! Gohlke-Fischer-Friedländer-Maslow, den wortgewaltigen weiblichen Hitler, als Parteioberhaupt etabliert, und als „geistiges" Fundament die „Einheitsfrontiatik" und die Zwischenlösungen", wie die „Linke" sie auffaßt, stabilisiert.

Es ist bitter für die Klassengenossen in der KPD., von der geschichtlichen Dialektik das so unbarmherzig zerstört zu sehen, was ihnen so lange Zeit Tabu und geheiligt war, weil von Moskau kommend, alle die schönen Redensarten von „Anknüpfen an die Tagesforderungen", der „Arbeiterregierung", den „Eroberungen" und den „Offenen Briefen". Wir haben ihnen aber den Zusammenbruch dieser Opportunismus in Reinkultur seit Jahr und Tag voraussesagt, ohne daß sie auf uns gehört haben. Und auch jetzt warnen wir sie wieder, auf halbem Wege stehen zu bleiben in den organisatorischen Folgerungen ihrer so spät gewonnenen Erkenntnis. Es ist für den Psychologen und Menschenkenner eine bemerkenswerte, wenn auch nicht sehr erfreuliche Erscheinung, daß es den Mitgliedern der KPD. genau so geht wie den ehemaligen Mitgliedern der SPD.: Daß auch sie nichts voraussehen können, sondern immer erst den „Knüppel" fühlen müssen.

Mit dem Fortschreiten der revolutionären Entwicklung ist jetzt die Bruchstelle gekommen, an der die reformistischen Verräter der Arbeiterklasse die ganz klare offene Spaltung in den Gewerkschaften, die absolute Trennung ihrer Hammelherde von allen vorgeschrittenen Teilen der Arbeiterklasse zur unmittelbaren Tat machen. Notgedrungen muß jetzt die KPD. von ihrer bisherigen unsinnigen Parole der „Eroberung der Gewerkschaften" Abstand nehmen und ihre Anhänger außerhalb der reformistischen Gewerkschaften zu sammeln suchen. Um einen Anfang zu machen, wurden „alle Elemente der gewerkschaftlichen Opposition" am vergangenen Sonntag zu einem Meeting in den Saalbau am Friedrichshain von der KPD. eingeladen. Und hier versuchten sie den neuesten Schwindel der KPD.-Bonzen den leider so gutgläubigen Arbeitern ins Hirn zu träufeln: Die Schaffung gewerkschaftlicher Industrieorganisationen, also Gliederung der Gewerkschaften nicht nach Berufen, sondern nach ganzen Industriezweigen. Welch' wahnwitziger neuer Betrug! Denn diese Industriegewerkschaften sind von vornherein ein totgeborenes Kind, weil der Klassenfeind sie einfach mit ein paar Federstrichen und einigen Schupoleuten schon im Keime ersticken kann, wenn, ja wenn sie sich, was sie doch nach Meinung der KPD.-Mitglieder sollen, als ein Faktor des revolutionären Klassenkampfes erweisen würden. Der Volksmund pflegt solche Bornierheit „die Rechnung ohne den Wirt machen" zu nennen. Ihre Propaganda ist also konterrevolutionär, weil sie die Verzögerung der einzig möglichen revolutionären Organisation der Arbeiterklasse als Klasse innerhalb ihrer Arbeitsstätten bedeutet. Alle proletarischen Organisationen sind unbrauchbar für den revolutionären Klassenkampf und konterrevolutionär, die im Machtbereich des Herrschaftsinstruments des Klassenfeindes, des Staatsapparates, liegen.

Die Politik der KPD.-Bonzen erscheint wie raffiniert ausgeklügelt, um die proletarische Revolution zu verzögern. Zugest hatten sie die willfährige Laktaien der in ihrer Bedrängnis irrenden russischen Oberhäupter die Gewerkschaften erobern wollen. Angenommen, daß ihnen dies wirklich gelungen wäre und sich die Gewerkschaften nun auch tatsächlich als revolutionärer Faktor erwiesen hätten, so hätte die KPD. ganz entschieden keine large Freude daran gehabt, weil der Klassenfeind sie im richtigen Moment, d. h. für ihn früh genug, aufgelöst und zerstört hätte. Wozu hat er denn seine bürgerliche Demokratie, seine Staatsanwälte, seine Schupo? Sicherlich nicht, um geduldig zuzusehen, wie ihm die Proletarier über den Kopf wachsen.

Nachdem die Reformisten jetzt die „Eroberung" nicht länger erlauben, und die KPD. von dieser Illusion gewaltsam befreit worden ist, gibt sie sich der neuen Illusion hin, daß der Klassenfeind ihnen plötzlich aus Augen wegen revolutionäre Industriegewerkschaften erlauben würde. Wo bleiben den KPDisten wiederum im voraus: Die Entäuschung wird nicht ausbleiben. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Industriegewerkschaften segeln auch sehr bald im reformistischen Fahrwasser, dann sind sie konterrevolutionär und als solche vom Klassenfeind geduldet, oder ihre Mitglieder offenbaren revolutionären Geist, dann genügen ein paar Federstriche und einige Mann Schupo, und sie haben aufgehört zu existieren. Dann sind sie also auch konterrevolutionär, weil sie die revolutionäre Klassenkampforganisation innerhalb der Betriebe nicht mehr ersetzen. Immer wieder wiederholen wir, daß sich die Arbeiterklasse in den Betrieben organisieren muß, hier hat der Machtbereich des Klassenfeindes seine Grenze, hier liegt die Stärke der Arbeiterklasse. Kein „Gesetz" des Klassenfeindes, kein Verbot, kein Staatsanwalt und keine Schupo kann die revolutionäre Betriebsorganisation zerstören, weil hier der revolutionäre Geist der solidarischen Gruppe unzerstörbar ist. Das ist bei Gebilden wie Berufs- und Industriegewerkschaften eben nicht der Fall. Aus jedem psychologischen Lehrbuch, ja aus den sehr entwickelten psychologischen Erfahrungen bürgerlicher Strategen könnten die Bonzen der KPD. Aufklärung über die Gruppenpsyche finden, wenn ihnen schon die eigene Erfahrung und die geschichtliche Dialektik ein Buch mit sieben Siegeln bleibt.

Dem Bonzen der KPD. aber, der im Saalbau so prahlerisch auf die augenblicklich zahlenmäßige Schwäche von AAU. und KAPD. und die Auffassung von Lenin verwies, sei geantwortet, daß es die AAU. und die KAPD. vertragen können, nicht Massen hinter sich zu haben, die erst auf dem Wege zur klaren proletarischen Klassenbewußtsein sind, und daß sie es lieber mit ansehen, wenn andere eben wegen dieser noch nicht abgeschlossenen Erkenntnis mit ihrer Politik und Taktik eine Enttäuschung nach der andern erleben müssen.

Ihm sei geantwortet, daß das autoritative Ansehen der proletarischen Rätemacht und die materielle Unterstützung durch dieselbe mit eine der Ursachen ist, warum bisher die KPD. groß und die AAU. und KAPD. klein waren. Und an eines sei er erinnert; Daß die gerade von Lenin am kompromißlosesten verteidigte Taktik der 3. Internationale, die „Erobrung der Gewerkschaften", von der Geschichte bereits auf absurdum geführt ist, wie an der 3. Internationale ganz ebenso mit allen anderen opportunistischen Irrtümern ergehen wird.

Dann wird die Zeit gekommen sein, wo die Mitglieder der KPD. auch ihre Führer abschütteln werden, das letzte Hemmnis, das ihre Erkenntnis und Tatkraft lähmend stehen werden, was für Heupferde sie allzulange gewesen sind. Einstweilen gratulieren wir mit homerischem Gelächter zu ihren famosen Industriegewerkschaften.

Arbeiterregierung — Vorwärts und Rote Fahne

Wir haben schon des öfteren auf die verzweifelten Anstrengungen des Reptils hingewiesen, jede Gelegenheit, die zugunsten der englischen „Arbeiter"regierung spricht, zu erhaschen, um sie recht auffallend auf die erste Seite bringen zu können. Weniger erfreuliche Tatsachen, die aber fürs Kapital desto notwendiger sind, bringt man, wenn es nicht ganz verschwiegen werden kann, auf die dritte oder letzte Seite, wahrscheinlich, weil man glaubt, wer den „Vorwärts" bis dahin geschafft hat, ist nicht mehr urteilsfähig.

So bringt die Nr. 57 vom Sonnabend über „Englands Luftverteidigung" folgende Meldung:

London, 7. März. „Der Budgetvoranschlag für die Luftmarine ist am Freitag in London veröffentlicht worden. Er zeigt eine Erhöhung um 2 500 000 Pfund gegenüber dem Vorjahre. Der Luftkriegsminister erklärte, daß diese Erhöhung dem Bedürfnis nach vermehrtem Schutz Englands gegen Luftangriffe Rechnung trage. Acht neue Luftgeschwader sollen im laufenden Jahre gebaut werden.

Ueber die Verstärkung der britischen Luftrüstung und über die neuen Kredite zum Bau von 18 neuen Luftgeschwadern für die erste Staffel äußerte sich Lord Thompson, der Luftminister, daß die Gesamtziffer der britischen Luftfahrzeuge für die erste Staffel damit auf 650 gebracht wird. Frankreich habe bereits 1300 Flugzeuge und würde durch die Ausführung seines Luftrüstungsprogramms bis zum Jahre 1926 über 2000 erreichen. Das Personal der Luftflotte werde zunächst um 2000 Offiziere und Mannschaften erhöht werden. Die gegenwärtige Luftflotte Englands habe für die Heimatverteidigung nur 7 Geschwader. Weitere 6 Geschwader seien in Indien, 8 im Irak (Mesopotamien) und 8 dazu bestimmt, mit der Marine zusammen zu arbeiten. Jedes Geschwader bestehe aus 12 Maschinen. Gleichzeitig werde Craydon zum größten britischen Lufthaven entwickelt und die Summe von 35 000 Pfund der Zivilflugerei überwiesen werden. Zur Organisation der Verteidigung würden verschiedene Gebiete an der Süd- und Ostküste als Barrieren gegen einen Luftenbruch bezeichnet werden. Lord Thompson erklärte ferner, daß durch diese Verteidigungsmaßnahmen die verschiedene Ueberlegenheit Frankreichs nicht beseitigt würde. Möglicherweise würde eine weitere Verstärkung der britischen Luftstreitkräfte notwendig werden, aber die Arbeiterregierung hoffe, daß die Aussichten auf ein Uebereinkommen zur Beschränkung der Luftrüstungen eine weitere Erhöhung der Luftausgaben unnötig machen werde.

Erst in der vorhergehenden Nummer des „Proletarier" konnten wir laut „Vorwärts"-meldung auf die Widersprüche hinweisen. Triumphierend brachte das „Berliner Volksblatt" auf der ersten Seite eine Meldung mit der Ueberschrift: „Weniger Rüstungs- mehr Schulausgaben in — England," und heute muß man notgedrungen obige Meldung bringen. Wir sind überzeugt, daß nur wenige „Vorwärts"-Leser darüber stolpern. Da nun aber ein rühriger linker Flügel der Sozialdemokratie besteht, der zugleich Konkurrent auf Minister- und Gewerkschaftsposten ist, und sich zufällig KPD. nennt, so werden alle Taten und Untaten und auch jegliche Opposition herausgeholt und festgehalten. Wenn sich nun zwei streiten, erfährt der dritte stets die Wahrheit.

Mag der dritte, das Proletariat, sich diese Seelenverkäufer genau ansehen, so wird es erkennen, daß der Weg seiner Befreiung aus der Lohnknechtschaft nur über die Trümmer der SPD. und KPD., die beide aus dem Mistbeet Gewerkschaften ihre Kräfte ziehen, führen kann. Folgende ergötzliche Meldung finden wir im „Vorwärts", Nummer 58 vom Sonnabend:

Opposition in der Arbeiterpartei.

„Da das englische Parlamentsleben eine eigentliche Fraktionsdisziplin nicht kennt, ist es bereits bei verschiedenen Anlässen vorgekommen, daß Mitglieder der Arbeiterpartei gegen die eigene Regierung stimmten. So haben verschiedene intransigente pazifistische Abgeordnete der Unabhängigen Arbeiterpartei, zum Teil ehemalige Kriegsdienstverweigerer mit den Liberalen gegen den Neubau von Kreuzern und Torpedobooten gesprochen und gestimmt.

Ebenso protestierten am vorigen Mittwoch verschiedene JLP.-Abgeordnete bei der Beratung über die Handelskredite zwecks indirekter Linderung der Arbeitslosigkeit gegen die Bewilligung von 3,5 Millionen Pfund an die Sudan-Baumwollgesellschaft. Bereits im Vorjahre hatte die schottische Gruppe einen aufsehenerregenden Zwischenfall bei der Beratung dieses Kredits hervorgerufen und schwere persönliche Angriffe gegen Asquith gerichtet. Diesmal ist es zwar ohne Krach gegangen, doch hielt der radikale Arbeiterflügel an seinem Standpunkt fest und 43 Abgeordnete stimmten gegen die von der Regierung befürworteten Kredite.

Dieser Vorfall wird in der englischen Presse fast gar nicht beachtet. Nur die „Rote Fahne" versucht ihn gegen — den „Vorwärts" aufzubauschen, weil wir dies „unterschlagen" hätten. Wir haben lediglich das Entreffen der englischen Blätter abgewartet, um Klarheit über den Vorgang zu erhalten. Die „Rote Fahne" hat nämlich, ebenso wie die Pariser „Humanité", von Moskau den Befehl erhalten, die Regierung Mac Donald zu beschimpfen und zu diskreditieren. Sie entledigt sich dieses Auftrages so gut oder so schlecht, wie sie kann.

Unterdessen lobt der Sowjetgesandte in London, Rakowsky, die englische Regierung über den grünen Klee, und gestern noch haben der Sowjetgesandte in Rom, Jordansky einen Schiffahrtsvertrag mit Mussolini ratifiziert . . ."

Wie der Esne kukt, so sieht der andere aus. Jedenfalls haben sie Beide sehr viel Dreck am Stecken und das Proletariat wird gut tun, sich auf seine ureigensten Klasseninteressen zu besinnen und sich als Klasse zu organisieren.

Nur antigewerkschaftlich — antiparlamentarisch und antigesetzlich wird es in seinem Befreiungskampfe zum Siege gelangen und über den Klassenfeind triumphieren können.

Revolutionärer Parlamentarismus

Als 1919 die Zentrale des Spartakusbundes sich auf Geheiß Sowjetrußlands (jetzt Sowjetunion) wieder an den Parlamentswahlen beteiligte, da mußte man mit allen Mitteln der Demagogie (Schwindel) versuchen zu rechtfertigen vor dem revolutionären Proletariat. Es wird wohl noch das Argument in Erinnerung sein, das in allen öffentlichen Versammlungen gegenüber dem klassenbewußten und erkenntnisreichen Proletariat der KAPD. angewandt wurde und folgendermaßen lautete: „Wir Kommunisten, der Spartakusbund, wollen durch die Wahlbeteiligung endlich einmal Heerschau halten, um zu sehen, wieviel Proletarier eigentlich in Deutschland für den Kommunismus sind. Wir denken auch nicht im geringsten daran, im Parlament positive Arbeit zu leisten, im Gegentteil, unsere Parole lautet, ins Parlament, gegens Parlament.

Die Wahlplakate zeigten ja denn auch die rote proletarische Faust, die zum Entsetzen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums die Tintenfässer in Bewegung brachte. Etliche lahme revolutionäreu" parlamentarischer Taktgeist sind vorüber gehuscht. Aus der verneinenden Parlamentsarbeit ist bejahende Mitarbeit geworden, die jedoch nicht immer gebraucht und selten offen anerkannt wird. Es sei nur an den Reihen-Nau-Mord und das Ermächtigungsgesetz erinnert. Das Gesetz zum „Schutze der Republik" anläßlich der Ermordung Rathenaus und das Ermächtigungsgesetz nach Abbruch des passiven Widerstandes anläßlich der Ruhrbesetzung sind nur mit Hilfe der „revolutionären" Parlamentarier der KPD. möglich gewesen. Auch dürfte die größte Heldentat der KPD. ihr Eintritt in die sächsische und thüringische Regierung, noch nicht vergessen sein, was Böttcher mit folgendem Ausspruch krönte: „Die KPD. stieg auf die Barrikaden!"

Der Zusammenbruch dieser Art Revolutionsspielerei wurde vor dem Proletariat leider durch das Verbot dieser Organisation stark verschleiert. Man glaubt jetzt, nachdem das Verbot aufgehoben ist, wieder mit all den alten Phrasen vor das Proletariat hintreten zu dürfen. Die wieder erscheinende „Rote Fahne" macht sich täglich über den sterbenden Reichstag lustig und freut sich der Auflösung; denn man weiß, daß die Proletarier in ihrer Verzweiflung ein paar „Kommunisten" mehr wählen werden.

Bezeichnend ist ein Bericht in der „Roten Fahne" vom 8. März über eine Reichstagssitzung vom 4. März, der folgende Ergötzlichkeiten bringt: „Was der Demokrat Fischer und der bayerische Volksparteiler Beyerle zu sagen haben, interessiert wirklich keinen Menschen mehr. Davon sind auch alle Abgeordneten überzeugt und die Zuhörertribünen waren deshalb fast geschlossen den Saal, um das wichtigste Ereignis des Konfliktes zwischen Reichspräsident und Reichsregierung im Restaurant gründlich zu besprechen. Der Herr Reichswirtschaftsminister Hermes kann es sich nicht verkneifen, dem völlig leeren Hause das vorzulesen, was sein Pressechef in ihm aufgeschrieben hat. Erst in später Abendstunde kommt der Genosse Barth zum Wort. Er weist darauf hin, daß mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes, das der Reichstag unter Zustimmung auch der Sozialdemokraten angenommen habe (und mit Hilfe der KPD. erst möglich war, d. Red.), die letzten sozialpolitischen Errungenschaften beseitigt worden sind und die Bahn für den Raubzug des Kapitals frei gemacht worden ist."

Die „Rote Fahne" bringt dann noch 15 Zeilen von der Rede ihres Redners Barth. Was sie aber nicht bringt und absichtlich verschweigt, jedenfalls um ihr Stimmvieh nicht stutzig werden zu lassen, ist, daß der „Kommunist" Barth seine Rede mit einem Dank zu seine Zuhörer, wegen ihrer Ausdauer, schloß. Es waren noch zehn Abgeordnete anwesend. Wie diese artigen, nur selten unartigen Bürger, sich dann wieder in ihren Wahlversammlungen radikal gebärden, daß haben die letzten Wahlversammlungen der KPD. bewiesen.

So sagte Eichhorn am 5. März in der Bockbrauerei, Chausseestraße, folgendes: „Wir Kommunisten wählen nicht, um mit vielen Mandaten in den Reichstag ziehen zu können, sondern um die Massen aufzurütteln und Kämpfer für die soziale Revolution zu gewinnen!"

Wie diese Kämpfer für die soziale Revolution dann aussehen, bewies uns eine Wählerversammlung bei Kliems, Hasenheide. Als dort ein Redner der KAP. die widerspruchsvolle Politik der Sektion der III. Internationale geißeln wollte, die von der Todeskrise des Kapitals faselt und noch immer Forderungen an diese bankrotte Gesellschaftsordnung stellt, da fühlten sich die „wachgerüttelten Kämpfer der sozialen Revolution" so stark, daß sie in tollkühnem Wagemut über unsere paar anwesenden Genossen herfallen wollten. In verschiedenen Versammlungen haben es solche traurigen Gestalten auch schon in ihrer Verblendnis getan und unsere Genossen verprügelt. Auf allen große geistige Stärke läßt dies Gebahren von „aus dem Dornröschenschlaf gerüttelten Götterantebern" wahrhaftig nicht schließen.

Die KAP. muß mit äußerster Kraftanstrengung immer wieder den Massen das Verbrecherische ihrer Handlungsweise vor Augen führen, daß darin besteht, indem man immer wieder die geschichtlichen, so äußerst harten Erfahrungen achtlos beiseite schiebt und immer wieder allen möglichen Geschäftspolitikanten auf die Leimrute hüpft.

Nicht um Parlamentarismus, sondern um Klassendiktatur, nicht um parlamentarische Jesuiten, sondern um revolutionäre Räte geht es. Nicht Wahlkampf, sondern Klassenkampf, nicht Parlamentarismus, sondern Revolution, heißt die Parole. Nur unter dem Ruf: „Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! Alle Macht den Räten!" einigt sich das klassenbewußte Proletariat und nur durch diese Einigkeit im Ziel wird es siegen.

Programm und Organisations-Statut

der

Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Das sehr sauber auf holzfreiem Papier gedruckte und ausgestattete Buch ist eine wahre Fundgrube für jeden Genossen. Alle Genossen werden seit langem auf dieses Buch warten. Es gibt nur ein Urteil:

Jeder Genosse muß das Programm der KAPD. lesen und für weiteste Verbreitung sorgen!

Der Preis beträgt 1,— Goldmark.

Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages durch den

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Schrebergartensozialismus

. . . . Was Arbeiter geschaffen haben! — So ist ein Artikel in „Volk und Zeit" Nr. 9, der Sonntagsbeilage des „Vorwärts", überschrieben. Und es ist mit drei guten Bildern aus den Anlagen der „Sport- und Spielplatz Volkswohl, G. m. b. H.", Sitz Hamburg, illustriert. In diesem Artikel wird das hohe Lied der „genossenschaftlichen Selbsthilfe" gesungen. Und die Bilder sind gut, bestechend. Aber gerade darum sei einmal die Idee dieser „genossenschaftlichen Selbsthilfe" hier etwas gründlicher beleuchtet. Dieses „Sport- und Spielplatz G. m. b. H." ist ja keine Einzelerscheinung. Sie steht im selben Rahmen mit all diesen „Kulturbestrebungen genossenschaftlicher Selbsthilfe", deren Umfang von der Volksbühne bis zum Konsumverein reicht.

Was ist letzten Endes das Ziel all dieser Vereine? — Den Arbeiter teilhaftig zu machen all der Annehmlichkeiten der bürgerlichen Kultur — nicht auf dem Wege der Revolution, sondern durch Angleichung an die Arbeits- und Geschäftsweise des Kapitalismus. Das bedingt Aufsammlung von Kapitalien, die zwar natürlich, entsprechend den geringen Mitteln der Arbeiterschaft, immer Zwergkapitalien bleiben, aber doch, eben aus ihrer Natur als Kapital, wenn auch Kollektivkapital (gemeinsames Eigentum) eine ideologische Beeinflussung der Arbeiterschaft bewirken. Es ist hier dasselbe wie mit den Unterstützungskassen der Gewerkschaften: Der Arbeiter beginnt, statt das Kapital zu bekämpfen, eine Art Wettkampf mit dem Kapital, indem er der Natur der Sache nach doch der Unterliegende sein muß. Es ist die alte Geschichte vom Wettlauf zwischen Hasen und Swinegel. Wenn ausgepustet und ausgepumpt Meister Lampe am Ende der Furche ankommt, empfängt ihn freundlich grinsend Freund Swinegel: „Ick bin all hier!" — Und so ist bei all diesen Bestrebungen das Kapital der Zuletztlachende. Die Politik der Kassenstärkung" in den Gewerkschaften trieb zur möglichsten Abwürgung langwieriger Streike, denen die Unterstützungskassen nicht gewachsen waren und führte zwangsläufig zur Arbeitsgemeinschaft. — Die Ideologie aller dieser „kulturellen Selbsthilfeverbände" schafft keine Revolutionäre. Sie alle wollen ja nicht die „Expropriation der Expropriateure", sie wollen nur, mit dem Motto: „Raum für alle hat die Erde" ein klein wenig Anteil am Besitz — und sei es in der Form des kollektiven Besitzes, der ihnen im kapitalistischen System eine kleinbürgerliche Behaglichkeit zu garantieren scheint. Sie gleichen den Mäusen, die bei der Jungfer Katze, der Aufseherin der Speisekammer, darum petitionierten, doch unter den Dielen ungestört eine Mäuserepublik gründen und von Zeit zu Zeit aus den Vorräten der Kammer verpflegt werden zu können.

Und darum sind in ihrer politischen Einstellung diese „Kulturpioniere der Arbeiterschaft", diese Genossenschaftsmenschen die typischen Kleinbürger. Diese ganzen Genossenschaftsangelegenheiten sind ein Ueberbleibsel aus der guten alten Zeit der Sozialdemokratie, in der Kautsky das kommunistische Manifest in der Vorrede von 1906 glaubte so berichtigen zu können: „. . . Ganz anders steht das Proletariat heute da. Wohl unterliegt es noch demselben herabdrückenden Einwirkungen des Kapitals wie vor 40 Jahren; wohl strebt das Kapital auch heute noch danach, die Löhne zu verkürzen, die Arbeitsstunden zu verlängern, den Arbeiter durch die Maschinen, den arbeitenden Mann durch Frau und Kind zu verdrängen und das Proletariat auf diese Weise zu degradieren. Aber immer mächtiger wächst auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse." (Marx und Kapital.) „Immer stärker setzt der Widerstand des Proletariats ein, eine seiner Schichten nach der anderen weiß die degradierenden Wirkungen des K

Taktik war bisher, die der KPD. und jetzt, nach ihrer sogenannten Linksorientierung, noch im verschärften Maße. Bei ihrem radikalen Gestikulieren glaubt sie auch die KAPD. zu treffen. Nach dem Tode Lenins respektiert man nicht mehr seinen Befehl „die KAP. nicht zu erwähnen" und man wagt es jetzt, sich mit der KAP. zu beschäftigen. Aber recht eigenartig. Während man in einem Artikel über die Betriebsrätewahlen am 5. März in der „Roten Fahne" den Tod der KAP. feststellt, wegen der Nichteinnahme an den Wahlen, wird amd. März gesagt (auch in einem Artikel der „Roten Fahne") die KAP. lebt, aber sie sei zu feige, sonst würde sie die gesetzmäßigen Betriebsräte wählen.

Ehe wir uns mit der Taktik der KPD. auseinandersetzen, wollen wir noch einmal sagen, warum wir das BRG. bekämpfen, überhaupt alle Wahlen zu den bürgerlichen „gesetzmäßigen" Körperschaften ablehnen.

Wir haben schon oben gesagt, was das Betriebsrätegesetz ist, und welchen Charakter es hat. Weiter ist es eine der gefährlichsten Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Proletariat und dem Kapital. Die Gewerkschaften sind die Träger der Betriebsräte. Sie haben das Interesse an der Erhaltung und dem „Ausbau" dieses Gesetzes, damit eine immer weitere Entfernung der Arbeiterklasse von ihren ureigensten Aufgaben als Ausgebeutete gegen ihre Ausbeuter eintritt. Es bedeutet den fortgesetzten Versuch, zur Vernichtung jeder selbständigen Regung der Massen. Die „gesetzlichen" Räte sind Schwindelräte. Auf ein Jahr oder noch länger vom Unternehmer „bestätigt" und „anerkannt", können sie unmöglich der Willensausdruck des revolutionären Proletariats sein. Sie sind Saboteure der Revolution und die Helfershelfer bei der Aufrichtung und in Ganghaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Ihr und dem kapitalistischen System gilt unser Kampf. Und weiter, was haben Räte mit Gewerkschaften oder mit deren Taktik zu tun? Diese Organisationen sind fest verwurzelt in der kapitalistischen Wirtschaft und müssen zwangsläufig das Proletariat verraten. Sie können ein System nicht beseitigen, auf dessen Grundlage ihre Existenz beruht. Sie können bestenfalls die Lohnsklaverei „regeln", aber das Proletariat hat nicht eine Organisation zu „erobern", die die Lohnsklaverei „regelt", sondern hat die Lohnsklaverei durch die Revolution aufzuheben, mit samt den Organisationen, deren Existenz die Regelung der Ausbeutung zur Voraussetzung haben.

Der gewerkschaftliche Betrug muß mit allen Mitteln entlarvt und rückschlaloos gebrandmarkt werden.

Die Räte sind die Organe des kämpfenden revolutionären Proletariats. Sie haben die Aufgabe die Revolution durchzuführen. Nur mit dieser revolutionären Spitze wird das siegreiche Proletariat seine Diktatur erkämpfen und auch erhalten.

Wer um dieses Ziel ringt und kämpft, wie die KAP. und AAU., kann nicht die Arbeiterschaft zusammenkoppeln wollen mit konterrevolutionären Organisationen. Unsere Aufgabe ist es, den Proleten ideologisch umzustellen. Ihn zu überzeugen, daß er sich loslösen muß von allem, was ihn hemmt und hindert seine Revolution durchzuführen. Nur wenn er sich organisatorisch und ideologisch von den Gewerkschaften gelöst hat, wird er anfangen, sich mit revolutionären Problemen zu beschäftigen. Der eherne Zwang der Geschichte zwingt das Proletariat, wenn es seine Diktatur aufrichten will, sich als Klasse zu sondern mit seinem Ziel. Es muß sich dann auch das organisatorische Gefäß geben, das ist die Betriebsorganisation, zusammengefaßt in Allgemeiner Arbeiter-Union und politisch die Kommunistische Arbeiter-Partei, d. h. das Proletariat muß organisiert sein als Klasse (nicht nach Berufen) in den Betrieben auf der Grundlage des Rätesystems.

Die KPD. glaubt aber aus dem kapitalistischen Werkzeug (gesetzlichen Räten) eine revolutionäre Waffe zu schmieden. Wir lassen hier aus ihrem Artikel vom 5. März einen Abschnitt folgen, wo sie einerseits den konterrevolutionären Charakter der BRG. feststellt, aber anderseits ihren gesetzlichen Räten allerlei Aufgaben zuweist: Unfallverhütungen zu verbessern, Kontrolle der Produktion durchzuführen, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen usw.; kurzum, dafür Sorge zutragen, daß die kapitalistische Wirtschaft sich ruhig weiter entwickeln kann.

„Gewiß; das Betriebsrätegesetz selbst ist schon ein Produkt der zurückflutenden Revolution. Es ist ein Erzeugnis der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und reformistischen Gewerkschaftsführern, die gerade durch dieses Gesetz dem Proletariat die Fesseln anlegen wollten, die es hindern, weiterzukämpfen auf dem Wege der Produktionskontrolle und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch den Kampf der Betriebsräte.

Und da bietet das Betriebsrätegesetz, so gegenrevolutionär und unternehmerfreudig es ist, noch Anhaltspunkte genug, um die Arbeiter im Betrieb, wenn sie von wirklich revolutionären Betriebsräten geführt werden, zu einer Erweiterung und schließlich Aufhebung des Betriebsrätegesetzes in ihrem Interesse zu mobilisieren.

Da ist der § 74, der den Unternehmer verpflichtet, sich bei Entlassung und Einstellung einer größeren Arbeiterzahl mit dem Betriebsrat oder dem Betriebsausschuß möglichst längere Zeit vorher über Art und Umfang der erforderlichen Einstellungen und Entlassungen und über die Vermeidung von Härten bei diesen im Benehmen zu setzen. Da ist der § 84, nach dem aus verschiedenen Gründen die Arbeiter- und Angestelltenräte Einspruch gegen Kündigungen innerhalb acht Tagen erheben können. Da ist der § 94, der, abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen, die Kündigung von Betriebsräten verbietet auch, wenn der Unternehmer eine Entschädigung anbietet.

Diese Paragraphen sind es gerade, gegen die sich heute die Offensive der Unternehmer richtet. Sie wollen Herren sein über die Produktionsmittel, sie wollen unumschränkt regieren und bestimmen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen über das Leben der Arbeitersklaven, die ihnen 10 und 12 Stunden frohnen müssen.

Das sind schließlich die Paragraphen, die den Arbeitern und Angestellten zur Pflicht machen, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und sonstige in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratungen und Auskunft zu unterstützen, sowie auch die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsbestimmungen hinzuwirken. Wohl großen auch politisch wichtiges Betätigungsgebiet eröffnet sich da heute den Betriebsräten, wo von Reichs wegen alle Fürsorgebestimmungen abgebaut und die Unfallverhütungsvorschriften längst in einen Fetzen Papier verwandelt sind.

Wenden die Betriebsräte diese Bestimmungen des Gesetzes nur entschlossen an, so werden sie durch ihre Tat den hinter ihnen stehenden Arbeitern, als deren Vertrauensleute sie gewählt sind, bald klar gemacht haben, daß nur der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise überhaupt, gegen das Verfügungsrecht des Unternehmertums, das gerade durch das Betriebsrätegesetz stabilisiert werden sollte, selbst diese bescheidenen Arbeiterschutzbestimmungen dieses Gesetzes verwirklicht werden können.

Und da gibt es im Gesetz noch einen Paragraphen, der den Betriebsräten einen Angriffspunkt auch nach dieser Richtung hin gewährt. Der Paragraph 66, Ziffer 1, stellt dem Betriebsrat die Aufgabe, „die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen". Das Unternehmertum und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten glauben, daß sie diese Bestimmung erfüllen, wenn sie den Zehnstundentag durchsetzen und die überflüssig gemachten Arbeiter auf die Straße werfen. Die revolutionäre Betriebsrat erfüllt diese Aufgabe durch den Kampf um den Achtstundentag gegen die Produktionssabotage durch die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß unter Mitwirkung der Arbeitslosenräte und der Kontrollausschüsse, so tut er den ersten Schritt zur Produktionskontrolle durch die Betriebsräte und zur Aufhebung der kapitalistischen Anarchie, die die Betriebsleistungen mehr und mehr vermindert.

Diese sich auf die Produktion selbst beziehende Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind die, die ausgenutzt und von der Arbeiterschaft im Kampfe erweitert, auf die ureigensten Aufgaben der Betriebsräte hinweisen.

Die Führung der Lohnkämpfe hat endlo Betriebsräte praktisch oft übernommen, weil die zu ihrer Führung berufenen Gewerkschaftsinstanzen hier schmählich versagt haben. Bei diesen Lonkämpfen wirken die Betriebsräte häufig auch als Gewerkschaftsfunktionäre, zum großen Teil aber auch selbständig. Auch wenn in der Gewerkschaftsbewegung das Prinzip der revolutionären Industrieorganisationen gesiegt hat, so werden doch in allen Fragen, die die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und die Verwaltung der Arbeitskraft betreffend, die Betriebsräte ausführende Organe der Gewerkschaften sein. In der Kontrolle und Leitung der Produktion aber sind die Räte selbständig, ruht die ganze Macht und Verantwortung auf ihnen, die bezirksweise und als Spitze im Reichsmaßstabe zentralisiert sind."

Jugendliche und erwachsene Arbeiter!

Heraus zu den

März-Versammlungen

der

Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Mittwoch, den 12. März 1924
Berlin-Norden, Schulaula, Senefelderstr. 5

Donnerstag, den 13. März 1924
Lichtenberg, Schulaula, Marktstraße 10

Freitag, den 14. März 1924
Charlottenburg, Schulaula, Guerickestr. 34

Thema:

Märzerinnerungen und die Aufgaben des Proletariats

Erscheint in Massen!

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Durch diese Innenrevolutionierung wird die Bildung revolutionärer Räte, die immer erneute und verstärkte Vorstöße zu ihrer Bildung direkt verhindert. Nicht innerhalb dieser „gesetzlichen Räte" schafft man am besten Konflikte, die den Fortgang der Revolution dienen, sondern schneller, häufiger und den Proletarier klarer und verständlicher schafft man sie, die rücksichtslosen Kämpfe in den Betrieben und Betriebsversammlungen gegen die gesetzlichen für die wirklichen Räte.

Massenbetrug schlimmster Art ist es, wenn man die „gesetzlichen Räte" umzumodeln glaubt, sie als revolutionär vorzutäuschen und ihnen den Kampf um die „sachkundige" Kontrolle der Produktion als Aufgabe zuweist. Die Bourgeoisie und ihre Organe lassen sich weder ummodeln, noch überlisten. Ihr System kann nicht revolutioniert werden, sondern muß restlos gestürzt werden.

Selbst jeder KPD.-Mann, sofern er kein Demagoge oder Papagei ist, muß erkennen, daß die Taktik der „Linksorientierten" nichts mit dem Räteprinzip zu tun hat. Im Gegenteil richtet sich die Taktik der KPD. gegen das revolutionäre Prinzip und wirkt konterrevolutionär.

Jetzt, wo es heißt, Sein oder Nichtsein, wo die gesellschaftlichen Zustände geradezu nach Ablösung schreien, ist jeder Versuch des Kompromisses gefährlich. Lessing sagt schon, daß gerade der verfeinerte Irrtum am gefährlichsten ist.

Nicht um die Räte kämpfen wir, die vom Feinde bestätigt und anerkannt werden, sondern die, welche im Kampfe entstehen, jederzeit abberufbar sind und die Diktatur des Proletariats auf ihre Fahne geschrieben haben. Sie sind Wille und Ausdruck des klassenbewußten Proletariats. Darum rücksichtsloser Kampf den „gesetzlichen Räten" und allen Befürwortern und alle Macht den wirklichen, revolutionären Räten.

Ist seiner Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat" hat Radek über die Räte auf Seite 22 und 23 folgendes im Januar 1919 geschrieben: „Die Form der Regierung der Arbeiter-Delegiertenräte, die immer neu gewählt werden können, die immer an dem Mutterboden — zur Fabrik zurückkehren, diese Form wird die Form sein, in der das Proletariat der Welt den Kapitalismus besiegt und fähig wird, den Sozialismus durchzuführen.

Revolutionäre Räte und bürgerliche Demokratie, revolutionäre Räte und Gewerkschaften (auch Industriegewerkschaften) sind Gegensätze, die sich ausschließen. Eins ist nur möglich: Solange es noch Parlamentswahlen, Gewerkschaften und Betriebsräte von Gnaden der „Demokratie" gibt, sind revolutionäre Räte undenkbar. Gibt es revolutionäre Räte, so sind sie der Ausdruck des siegreichen Proletariats. Zugleich der Schrecken der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Gesetzliche Räte nebst kapitalistischer Herrschaftsform, die „Demokratie", sind dann unmöglich.

Ausland

Dänemark

In der dänischen Sektion der III. Internationale, „Danmarks kommunistiske Parti", ist eine linkgerichtete radikale Opposition entstanden, die bei dem jetzt stattfindenden Wahlkampf zum dänischen Reichstag, schwere, zum Teil tätliche, persönliche Zusammenstöße und Auseinandersetzungen mit den fanatischen Anhängern des Moskauer Parlamentskommunismus gehabt hat. Nach uns vorliegenden Berichten handelt es sich hierbei um einzelne korrumpierte, unlautere Elemente der DKP., politischen Schwindler und sonstige Glücksritter, denen die revolutionären Arbeiter Dänemarks ihr Schicksal in der Führung des Klassenkampfes anvertrauen sollen. Gegen die Genossen, die den abgrundtiefen Schwindel dieser Kommunisten, Revolutionierung des Parlaments und der Gewerkschaften, der dort genau wie überall von den Moskauer Anhängern aufgezogen wird, entlarven und brandmarken, wird mit dem schärfsten faschistischen Terror vorgegangen. Man läßt sie in keiner Versammlung zu Wort kommen, beschimpft sie und mißhandelt sie körperlich in schwerster Weise, z. B. wurde einem Genossen in Kopenhagen dabei ein Arm gebrochen.

Das alles nur darum, weil diese Revolutionäre die etwas schwerfälligen dänischen Arbeiter über die haltlosen Phrasen und die politische Demagogie der dänischen kommunistischen Partei aufklären wollen.

Ueber eine Versammlung in Kopenhagen ging uns nachstehender Bericht zu: Die DKP. (dänische kommunistische Partei) hatte am 27. Februar in Kopenhagen eine öffentliche Versammlung mit freier Aussprache veranstaltet. Dieses war die erste Versammlung, die die KP. in Kopenhagen einzuberufen wagte. Selbstverständlich marschierte auch ein Teil des im Frühjahr v. J. abgesprengten (besser gesagt herausgeworfenen) „linken Flügels" der sich kommunistisch nennenden Partei auf. Die hervorragendsten Größen der KP. eröffneten die Versammlung mit dem Thema: „Konservative oder kommunistische Politik". Da in Kürze hier Reichstagswahlen stattfinden, so schlugen diese Herren, wie nicht anders zu erwarten stand, folgende Töne an: „Stimmt nur für die Kommunisten! Wir werden dann den kapitalistischen Schwindel und die Faulheit der bestehenden Ordnung besser zu enthüllen wissen. Dadurch wird es uns gelingen, selbst, wenn nur ein oder zwei Mann (!) hineingewählt werden, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, der Alten und Arbeitslosen zu verbessern und die Arbeiter zu revolutionieren. Jubelnde Zustimmung der theoretisch und taktisch geblideten dänischen „kommunistischen Revolutionäre".

An der darauffolgenden Diskussion nahmen einige „linksstehende" Genossen teil, die der Meinung Ausdruck gaben, daß die Teilnahme der Kommunisten am parlamentarischen Schwindel in Anbetracht der numerischen Schwäche der KP. eine Verschleierung der wahren konterrevolutionären Tatsache sei. In dem Falle, daß die KP. die Absicht habe, die Verfaultheit und Schwindelhaftigkeit des parlamentarischen Systems zu enthüllen, dürfe diese nicht selbst ihre Leute in den dänischen Reichstag entsenden, die erwiesenermaßen moralisch korrumpiert und schlimmer wie die Pest für das Proletariat Dänemarks seien. Nach diesen Ausführungen wurde der betreffende Genosse von den führenden Größen der „Kommunisten" von der Rednertribüne herabgezerrt, blutig geschlagen und hinausgeworfen, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte."

Auf Grund derartig empörender Vorgänge sehen sich die linksstehenden kommunistischen Arbeiter Dänemarks veranlaßt, die internationale Arbeiterschaft auf das skandalöse Treiben roter Faschisten und Gewaltmenschen in der dänischen kommunistischen Partei, Sektion der III. Internationale, gebührend aufmerksam zu machen. Die Handlungs- und Redefreiheit der revolutionären Arbeiter Dänemarks werden durch diese politischen Wegelagerer aufs schwerste und ernstlichste bedroht und in Frage gestellt. An den dänischen Proletariern, die der 3. Internationale angehören, liegt es, mit dieser korrumpierten Schwindelgesellschaft in Kopenhagen schnellstens aufzuräumen, wenn sie ihr Ansehen bei dem internationalen revolutionären Proletariat nicht einbüßen wollen.

Internationale Rivalität

Unlängst klagte der „Vorwärts" darüber, daß „die Moskauer Diktatoren sich eigentlich für die wahre Einigkeit der Arbeiterbewegung nicht interessieren". Zum Beweise dafür führte er an, daß der eingeschriebene Brief vom 11. Dez. 1923, in dem das Sekretariat der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an die Zentrale der russischen Gewerkschaften sandte, unbeantwortet geblieben ist. Was stand in diesem Briefe?

Die wesentlichste Stelle lautete wie folgt:

„Der Vollzugsausschuß beauftragt das Büro der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam), Verhandlungen mit den Vollzugsausschüssen der russischen Gewerkschafts-Zentralverbände unter Ausschluß der Roten Gewerkschaftsinternationale einzuleiten, um zu versuchen, die internationale Einigkeit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Statuten und des Programms der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wieder herzustellen." So versucht Amsterdam die in den russischen Gewerkschaften an die Rote Gewerkschaftsinternationale gefesselten Proletarier Rußlands für sich zu gewinnen, was unser Ansicht nach kein erheblicher Unterschied für den Klassenkampf wäre, denn beide Internationalen Gewerkschaftsbünde sind vom Kapitalismus abhängig, nämlich entweder von west- oder osteuropäischen.

Bezeichnend ist aber, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund mit Gompers an der Spitze noch immer außerhalb der Amsterdamer Internationale, die ihm zu revolutionär vorkommt, sich befindet. Dieser Präsident Gompers ist nach Zeitungsmeldungen unlängst beim amerikanischen Senat vorstellig geworden und hat diesem dargelegt, daß der von ihm geleitete Gewerkschaftsbund, der eine der stärksten und gesundesten Stützen der großen amerikanischen demokratischen Republik wäre, mit Auflösung und Vernichtung durch den Internationalen Kommunismus dauernd bedroht würde.

Soweit geht schon in den Vereinigten Staaten die Angst der Reformisten um ihre Pfründen aus Arbeitergroschen.

Ostindien

Blutige Streikkrawalle und Zusammenstöße

Nach Nachrichten aus Bombay demonstrierten dort die seit einiger Zeit streikenden Arbeiter der Baumwollspinnereien vor den Fabriken und versuchten, eine davon in Brand zu setzen. Die von den Unternehmern herbeigerufene Polizei wurde beim Eingreifen von den Demonstranten mit Steinen beworfen. Daraf schossen die Polizisten auf die Hindus (Eingeborenen) und töteten und verwundeten viele indische Proletarier.

Frankreich

Poincaré gegen den „Marxismus"

In der Sitzung der französischen Kammer vom Freitag, den 7. März, erklärte der Ministerpräsident Poincaré jetzt, wo der französische Frank auf die schiefe Ebene kommt u. s. in einer zweistündigen Rede folgendes: „Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: Royalisten und Kommunisten werden durch die Regierung mit gleicher Strenge bestraft werden, wenn sie die Gesetze der Republik verletzen. — Ich bin stets ein Republikaner der Linken gewesen und werde es bleiben!"

Wie man sieht, gegen den Marxismus und die Kommunisten sind sich die linke- und rechtsrevolutionären Chauvinisten und Nationalisten einig. Die internationale kapitalistische Reaktion bildet eben eine sehr feste Interessengemeinschaft.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD. Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 21, Jahrgang 5 | März 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Heraus aus dem Wahlsumpf!

Die Komödie ist aus. Das „Haus des Volkes" am Königsplatz ist auf etliche Wochen verwaist. Die Marionetten der wirtschaftlichen Kräfte, die als souveräne Abgeordnete des Volkes sich aufspielen und die Abgeordneten der KPD., die sich sogar als Vertreter des revolutionären Proletariats bezeichnen, sie alle werden nun mit ungeheurer Lungenkraft zu beweisen versuchen, was alles hätte geschehen können, wenn „Wir" nicht so schwach an Zahl vertreten gewesen wären.

Eine ungeheure Schlammflut von Aufrufen wird sich über das ausgemorgelte Proletariat ergießen und mit allen Mitteln der Demagogie und Lüge wird man auf den Stimmenfang gehen, um recht, recht viel Mandate zu ergatten. Alle sogenannten „proletarischen" Organisationen werden vorgeben, im Parlament den Kapitalismus zu bekämpfen. Alle werden mit schäumenden Mäulern und in den Tagen, wenn der Wahlkampf sich zur Siedehitze, zur Besessenheit steigert, mit heiserer Stimme euch, Proletarier, beschwören, wählt uns und bleibe niemand der Urne fern. Auf jede Stimme kommt es an — usw.

Warum wohl diesen Eifer?

Weil alle, alle die im Hypodrom sich zusammenfinden zum großen Herren- und Damenreiten, interessiert sind an der Erhaltung der Lohnknechtschaft und alle wissen, daß derjenige, der zur Wahl geht, sich entschieden hat für dieses System und durch seine Stimmenabgabe für irgend eine „Partei" oder weiteres Dasein verpflichtet, weil ein jeder seine Wahl getroffen hat und derjenige Abgeordnete oder diejenige parlamentarische Partei das andere schon besorgen werden.

Das um seine Befreiung ringende Proletariat muß zurückschauen, um erkennen zu können, daß alle die Versprechungen der „radikalen" Genossen eben nichts als Versprechungen, die man einem immer fort bittenden Kinde macht, um es für längere Zeit beruhigt zu haben. Nach der Wahl fügen sich dann alle dem System ein und erkennen dann auch die Notwendigkeiten der Zwangsmaßnahmen an und es wurden sogar Verbesserungsanträge von den sich Kommunisten nennenden Abgeordneten zum „Gesetz zum Schutze der Republik" eingebracht.

Während in den kommenden Wahlschlachten alle Berufspolitiker um zu beweisen versuchen, daß von den Parlamenten die Initiative ausgeht, beweist die Geschichte täglich dem Proletariat, daß die Politik unddie wirtschaftliche Umgestaltung nicht vom Parlament abhängig ist, sondern umgekehrt, das Parlament nur als Verschleierungsfaktor und als jasagende Sprechmaschine von der Bourgeoisie benutzt wird.

Alle großen wirtschaftlichen Wiederaufbauversuche nach dem Weltkriege haben dem Proletariat, das geschichtliche Ergebnisse sehen will, bewiesen, daß diese Wiederaufbauversuche getätigt wurden von den Vertretern der Großindustrie, der hohen Finanz und der Landwirtschaft. Daß etliche Vertreter dieser Gruppen zugleich Inhaber einer Freifahrtkarte sind, ändert nichts an den Dingen. Alle Abkommen und Verträge würden in den letzten Jahren abgeschlossen ohne jegliche Zustimmung einer parlamentarischen Körperschaft. So nebenbei hat man ihnen nachträglich Mitteilung davon gemacht, die sie zur Kenntnis nehmen durften. Als z. B. das große Stinnes-Lubersac-Abkommen getroffen wurde rechte sich der jetzt verwaiste Reichstag gerade von der anstrengenden Arbeit des Diätenschluckens aus. Er dachte nicht daran, in irgendeiner Form auf den Vertrag zwischen den französischen und deutschen Schwerindustriellen einen bestimmenden Einfluß auszuüben.

Die Politik wird eben nicht vom Parlament gemacht, sondern in den Kontoren und Fabriken der Industrie und den Büros der großen Banken. Hier sind die Wirtschaftszentren, von denen aus die politischen Fäden gesponnen und die Interessen der Unternehmergruppen geleitet und vertreten werden.

Während jetzt die Verordnungen, die im Interesse der „Gesundung" verfügt wurden, beim Proletariat sich auswirken, kommen beschlossen die Vertreter der Industrie und des Handels, daß für sie eine weitere Steuerzahlung nicht in Frage kommt. Zuerst stellte der Präsident Mendelsohn fest, daß der Rhein- und Ruhrkampf das Reich an den Rand des Abgrunds gebracht habe, aber nun erstaunt sei wieder die Welle einer echten nationalen Begeisterung durch unser Volk gegangen. (Wenn die KPD. ihr möglichstes beisteuerte. D. Red.) Dann äußerte sich das staatlich angestellte Klagoweib der demokratischen Republik Marx in seiner nun schon sattsam bekannten Weise:

„Wir stehen erst am Anfang des dornenvollen Weges, der zur Freiheit des deutschen Volkes führen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, alle die reichen Kräfte des Volkes zusammenzufassen zu einer wahren Volksgemeinschaft.

Von seiten des Staatsfinanzen allein kann eine Gesundung nicht erfolgen. Notwendig ist auch eine gesteigerte Produktion der Wirtschaft und die Wiederkehr normaler Verhältnisse. Unerhörte Steuerlasten mußten dem „deutschen Volke auferlegt werden. Der Reichshaushalt muß ins Gleichgewicht gebracht werden, damit die Währung nicht gefährdet wird, denn sonst wäre das deutsche Volk verloren. Noch weitere schwere Opfer stehen uns bevor: Opfer in der Reparationsfrage. Von außen ist eine Besserung erst zu erwarten, wenn sich endlich die schwere Wunde im Westen schließt, damit nicht Tag für Tag wertvolles deutsches Lebensblut aus dem deutschen Wirtschaftskörper fließt. Die Reparationen müssen festgesetzt und die wirtschaftlichen Hemmungen für die deutsche industrielle Tätigkeit im Auslande beseitigt werden."

Sorgig als Vizepräsident der Handelskammer von Berlin sprach dann über die Lage der Industrie folgendes:

„Die ungeheuren Zahlen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind die naturgemäße Erscheinung der Stabilisierungskrise. Nach dem Niederbruch des Ruhrkampfes blieb nichts weiter übrig, als gewaltsam eine Steigerung der Produktion durchzuführen. Wir Unternehmer können dafür gutsagen, daß die Verantwortung auf uns nehmen, da unterdessen von namhaften Arbeiterführern zugegeben worden ist, daß der Widerstand der Arbeiter gegen diese Maßnahmen falsch war. Ferner ist es notwendig, in der durch schwere innere und außenpolitische Leistungen überaus bedenklich vorbelasteten deutschen Wirtschaft eine angesichtsdem schnelle und ungeheure Tempo „der neuen Währung" sich vollziehenden Kreditapparates trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten, z. B. der Kreditnot, durchzusetzen. Die jetzigen Steuern, die nur aus der Substanz gezahlt werden können, sind über eine kurze Dauer nicht mehr tragbar. Auch ist es unmöglich, die deutsche Wirtschaft auf die Dauer auf ausländische Kredite aufzubauen, trotzdem diesbezüglich augenblicklich eine Existenzfrage für uns sind. Ich schließe mit der Mahnung an die Reichsregierung, die Gesetzgebung von unnötigen Eingriffen in die Wirtschaft freizuhalten und versichere, daß es der deutsche Unternehmer nicht daran fehlen lassen wird, am „Wiederaufbau" mitzuarbeiten."

So die Bourgeoisie in ihrer Sprache. Ganz unverblümt erklärt man, wenn es uns nicht mehr paßt, werden wir dies und jenes tun. Dies wird natürlich die Parlamentsschwätzer aller Schattierungen nicht abhalten, immer wieder die Bedeutung der Schatzbunder hervorzuheben, und auf den Wert der demokratischen Regierungsform hinzuweisen.

Die Demokratie im Kapitalismus ist Unsinn. Demokratie wird erst möglich sein nach Beseitigung der Profitwirtschaft und nach Einführung der Bedarfswirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß das Proletariat sich zum Träger seines eigenen Geschickes macht und sich nicht immer wieder den Führern von Beruf verschreibt. Der Zwang des Kapitals, herbeigeführt durch zwei verlorene Kriege, aus dem Wirtschaftsleben, das durch die Vernichtung der Kaufkraft nur noch ein hinvegetieren darstellt, immer aufs neue seine Profite zu ziehen, wird dem Proletariat immer deutlicher und eindringlicher einpauken, daß es keine Besserung mehr gibt und seine Existenz als Klasse in Frage gestellt ist.

Die Auflösung Deutschlands, die nahende Ernährungskatastrophe und die vollständige Versklavung des Proletariats werden von allen parlamentarischen Schwätzern nicht weggeredet werden und das Proletariat als Klasse zwingen, um sein Leben zu kämpfen. Das Proletariat muß und wird erkennen, daß parlamentarischer Sudelzauber nichts, gar nichts mit Klassenkampf zu tun hat. Es muß und wird erkennen, daß jegliche Betätigung zu parlamentarischen Wahlen eine konterrevolutionäre Tat ist, die eine Führerpartei, die sehr schnell der proletarischen entweichen und ein klassenfremdes Element darstellen, daß sich mit aller Macht wehrt, wieder in die Treibbahn des Kapitals zurückkehren zu müssen.

Die Waffe des Proletariats in seinem Befreiungskampfe sind die revolutionären Räte, die geboren werden im Kampf und ein Schrecken für alle Groß- und Kleinbürger bedeuten. Die aus der klaren Erkenntnis des Proletariats geboren sind, daß im Kapitalismus keine Lebensmöglichkeit mehr besteht und nur im Kommunismus eine Weiter- und Höherentwicklung der Menschheit möglich ist.

Nicht mit Wahlzetteln oder sogenannten Heerschauen, nicht mit radgewandten Führern sieht man die alte Welt aus dem Angeln, sondern zur durch rücksichtslosen Klassenkampf, der seinen Ausgangspunkt im Betriebe hat. Dort, wo das Proletariat als Klasse ausgebeutet wird, hat dasselbe die proletarische Einheit zu bilden zum Sturz der kapitalistischen Profitgesetzes. Nicht Wahlkampf, sondern Klassenkampf, Klassenkrieg ist die Parole der Zeit. Der verschärfte Klassenkrieg, der geführt wird um die Beseitigung und den Sturz dieser Klassengesellschaft nebst ihren Herrschaftsinstrument, dem Klassenstaat.

Mit einem Hohngelächter muß das zur Erkenntnis kommende klassenbewußte Proletariat diese parlamentarischen Komödianten empfangen und durch Zertrümmerung der politischen, parlamentarischen Parteien nebst ihrem Unterbodes, die freigelben Berufsorganisationen, ihnen ihr Betätigungsfeld entziehen.

Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse zur Eroberung der Produktion, Zusammenschluß zur politischen Organisation zur Eroberung der politischen Macht und Zertrümmerung des Klassenstaates ist das dringendste Gebot der Stunde.

Eindringlich ruft die Geschichte:

„Heraus aus dem Wahlsumpf!
Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!
Alle Macht den Räten!"

Die Lohn- und Zeitkämpfe d. deutschen Proletariats

Durch den Ruhrkrieg ist das deutsche Kapital in eine verzweifelte Lage geraten. Derselbe ging für's deutsche Kapital verloren und die Einstellung des passiven Widerstandes mußte erfolgen. Damit sind aber alle die Streitfragen, die zur Ruhrbesetzung führten, nicht im geringsten geklärt. Nach wie vor besteht Frankreich auf die Reparationsleistungen und muß auch darauf bestehen, da sein Budget auf die deutschen Leistungen aufgebaut ist. Im Gegenteil, durch seinen finanziellen Zusammenbruch ist der Zwang, sich am östlichen Nachbarn soweit es geht schadlos zu halten, nur noch größer geworden. In der Erklärung Poincarés gegenüber Mac Donald, nur aus dem Ruhrgebiet zu gehen, wenn Deutschland zahlt, kommt dies ja auch deutlich zum Ausdruck. Daran wird auch ein eventueller Sturz Poincarés nichts ändern, wie sich viele ehrbare Bürger einbilden; sondern, genau so wie 1920 in Deutschland Kapp wohl abtreten mußte, aber seine Politik gesiegt hatte, so wird nach dem Sturz Poincarés seine Politik sogar noch im verschärften Maße weitergeführt werden müssen, weil eben die ökonomischen Verhältnisse vom kapitalistischen Standpunkt keine andere Lösung zulassen.

Die Hoffnung auf England, die in vielen Köpfen schwirrt, ist eine trügerische. Wohl wird seit der Ruhrbesetzung von England gegenüber der deutschen Republik eine etwas entgegenkommende Politik getrieben. Den Anstoß dazu gab die Ruhrbesetzung Frankreichs und Belgiens auf eigene Faust. Das englische Kapital hatte durch die sich notwendig machende Ruhrbesetzung vor weiteren Forderungen Deutschlands überhaupt erst zu einer solchen langen Dauer ermöglicht. Ohne die englischen Kohlenlieferungen wäre der passive Widerstand der deutschen Republik unmöglich gewesen. Was England erreichen wollte während des Ruhrkrieges durch die angebliche Neutralität, hat es erreicht. Frankreich geht einer ähnlichen Entwicklung in finanzieller Hinsicht entgegen, als Deutschland.

Doch wie schon weiter oben angedeutet wurde, ist dieser finanzielle Ruin Frankreichs für England ein zweischneidiges Schwert; denn rücksichtslos wird Frankreich gegen seinen Ruin anzukämpfen versuchen. Die ungeheure Ueberlegenheit seiner Luftflotte gegenüber England wird es anzuwenden verstehen bei den gemeinsamen Verhandlungen über die Reparationsfrage.

Uebereinstimmung herrscht darüber, daß Deutschland zahlen muß. Der sogenannte Fortschritt besteht eigentlich nur darin, daß zum Wolf noch einer im Schafsfell hinzugetreten ist. Da nun aber beide, Poincaré und Mac Donald wissen, daß diese Reparationsleistungen nicht geleistet werden können, so bedeutet die Parole Räumung des Ruhrgebiets, nur eine Verschleierung für daß, was man wirklich im Schilde führt. Die Tätigkeit der deutschen Schwerindustrie ist wohl soweit noch bekannt, daß sie gerade mit am meisten auf die Ruhrbesetzung hingearbeitet hat, da sie die demokratische Republik tatsächlich durch die Inflation ausgesogen hatte und ihren Blick nach Westen richtete, im Interesse neuer Profitmöglichkeiten.

In dem wildesten Nullentaumel, als eine ungeheure Nervosität den Leben in Deutschland sein Gepräge gab, erfolgte die offizielle Stilllegung der Notenpresse und die Rentenmark erblickte das Licht der Welt. Durch ganz brutales Atomeres trien „Ueberflüssigen" vermittels des Ermächtigungsgesetzes und durch schamloses Verfügen von Steuern, wie sie noch kein Land erlebt hat, versucht man den Haushaltetat im Gleichgewicht zu bringen. Alle Maßnahmen werden damit begründet, daß unser Volk eine neue Inflation nicht aushalte.

Zu den brutalen Maßnahmen des Staates gesellen sich die ebenso brutalen Maßnahmen der Unternehmer. Die Absatzkrise verbunden mit der Kolonialen Kreditnot, von welch viele Menschen keinen Begriff machen, zwingt das Unternehmertum zur Verbilligung seiner Produkte alle möglichen Mittel anzuwenden, um gegenüber dem Ausland wieder konkurrenzfähig zu werden.

So erleben wir seit Monaten, seitdem Deutschland durch die Währungsstabilisierung nicht mehr der Schmutzkonkurrent der Welt ist, eine ungeheure Streikwelle, die wohl mal ab-